Nr. 2. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 3. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Ausland im Jahre 1900.

I.

Die Pariser Weltausstellung, der Zusammenbruch Chinas und Englands Unfähigkeit, der beiden Boerenrepubliken Herr zu werden, haben im verflossenen Jahre das ganze Interesse an der auswärtigen Politik aufgebraucht, so daß die übrigen Vorgänge im Auslande nicht die Aufmerksamkeit fanden, die sie sonst sicherlich gefunden hätten. Selbst wenn wir von diesen drei großen Ereignissen absehen, bleibt genug Hochwichtiges übrig, das wert ist, nochmals in die Erinnerung zurückgerufen zu werden. In einer Reihe von Staaten fanden Parlamentswahlen statt, die auf einen Umschwung der Stimmung hindeuten, der Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten, den Nicaraguakanal zu bauen, die Verschmelzung der australischen Kolonien zu einem Staatswesen sind hochbedeutende Ereignisse, die allein genügen würden, das Jahr 1900 in der Erinnerung späterer Geschlechter nicht untergehen zu lassen. Die Bedeutung der vielen denkwürdigen Vorgänge in den einzelnen Staaten können im engen Rahmen dieses Rückblicks nicht gewürdigt, nicht einmal alle registriert werden; wir müssen uns genug sein lassen, wenn wir die wichtigsten aufzählen.

Oestreich

steht an der Jahreswende mitten in der Wahlbewegung zur Erneuerung des Abgeordnetenhauses. Das Ministerium Körber hat trotz der großen Erwartungen der Lobredner des Ministerpräsidenten keinen Ausweg aus den parlamentarischen Wirren gefunden; die Obstruktion der Jungczechen hatte ihren Höhepunkt erreicht, sie hatte die deutsch-klerikal-slavisch-nationale Mehrheit gesprengt, eine neue Parteigruppierung war in Sicht, da drohten die Jungczechen mit direkten Gewaltmaßregeln im Abgeordnetenhause. Dieser Drohung wich Körber, er löste das Haus auf und schrieb für einen sehr späten Zeitpunkt die Neuwahlen aus; eine Verschärfung der nationalen Gegensätze dürfte das Resultat der monatelang währenden Wahlbewegung sein. In Galizien wo die Wahlen beendet sind, scheute man kein Mittel, um den Sieg von Socialdemokraten zu verhindern; trotz zahlreicher Prozesse, die gegen Daszynski angestrengt wurden, trotz schamloser Verleumdungen und Wahltricks aller Art wurde der erste parlamentarische Redner unsrer östreichischen Partei gleich im ersten Wahlgange gewählt. Gegen die von den extremen Deutsch-Nationalen gepflegte Los-von-Rom-Bewegung, der parallel eine schwächere, an die semitischen Traditionen anknüpfende czechische Bewegung läuft, wendet die östreichische Regierung unter andren Mitteln auch die Ausweisung protestantischer Pastoren aus dem Reiche an. Während man für die freie Missionsthätigkeit in China mit vereinten Kräften wirkt, entledigt man sich in Oestreich der protestantischen Missionare durch Abschiebung über die deutsche Reichsgrenze!

Unsre Partei kann auf keine äußerlichen Fortschritte bei den Reichsratswahlen rechnen, sie hat Lemberg verloren, sie wird einige böhmische Sitze einbüßen und kaum anderwärts vollen Ersatz finden, aber die Stimmenzahl der Partei dürfte stark wachsen und die Wahlstatistik eine Ausbreitung in Gegenden nachweisen, die bisher der Socialdemokratie verschlossen waren. Die Fortschritte der Partei traten bei den Gemeindewahlen in Wien, Graz, in vielen böhmischen, mährischen, steierischen und andren Gemeinden zu Tage. Aller Achtung forderte der langwierige Kohlenarbeiter-Streik heraus; trotz unbedeutender Unterstützungen hielten die Kohlengräber unter ausgezeichneter Disciplin monatelang aus. Eine Verkürzung der Arbeitslosigkeit auf gesetzlichem Wege wurde von der Regierung in Aussicht gestellt.

Ungarn.

Unser Partei-Organ, die „Népszava", deckte eine lange Reihe von verbotenen Beziehungen der Parlamentarier zu Erwerbsgesellschaften auf. Die Arbeitslosigkeit hat zu Ende des Jahrs sehr bedeutende Dimensionen angenommen. Lange parlamentarische Debatten rief die morganatische Eheschließung des Thronfolgers hervor, bei denen rückhaltlose Kritik an der mittelalterlichen Idee von der Ebenbürtigkeit bei Eheschließungen geübt wurde. Eine Steigerung des monarchischen Gefühls war kaum das Ergebnis dieser Debatten.

In der Schweiz

wurde das Interesse durch die beiden großen Volksabstimmungen absorbiert. Eine gewisse Niedergeschlagenheit in den politisch fortgeschrittenen und ehrlich socialreformerischen Kreisen hatte die Ablehnung des Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzes und der beiden Volksbegehren auf Proportionalwahl des Nationalrats und Wahl des Bundesrats durch das Volk zur Folge. England drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn der Nationalrat den Bundesrat auffordern sollte, eine schiedsgerichtliche Erledigung der südafrikanischen Wirren bei Großbritannien anzuregen. Die Eisenbahnverstaatlichung hat durch Abschluß eines Kaufvertrags mit der Centralbahn weitere Fortschritte gemacht.

Frankreich

hat am Jahresschluß noch das gleiche Ministerium wie zu Jahresbeginn, nur der Marquis de Gallisset ist ausgeschieden. Sein Nachfolger André hat den Versuch unternommen, im Kriegsministerium Ordnung zu schaffen. Man sucht nun auch den Offizieren, die nicht in pfäffischen Anstalten ihre Erziehung genossen haben, die Karriere zu den höheren Posten zu öffnen. Mit der knapp vor Weihnachten angenommenen Amnestievorlage glaubt man die Dreyfus-Affaire zu begraben. Die Verurteilung der mit den Orleanisten aufs engste liierten Fußes der Nationalisten durch den Senat als Staatsgerichtshof am Beginn des vorigen Jahrs hat den großen Erfolg der Nationalisten bei den Pariser Gemeindewahlen nicht verhindert, vielleicht sogar hervorgerufen, aber im Lande nahm der Einfluß der Regierung immer mehr zu, was sich in zahlreichen Wahlen zu den Gemeinderäten und Nachwahlen zur Deputiertenkammer sowie auch in der Haltung des Parlaments zum Kabinett Waldeck-Rousseau klar aussprach. Keiner der zahllosen Versuche das Kabinett zu stürzen, gelang. Die antiklerikale Politik, die zu einem energischen Vorgehen gegen den Orden der Assumptionisten und dessen politische Thätigkeit führte, scheint den Beifall des Landes zu finden. Eine Verbesserung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die socialpolitischen Forderungen berücksichtigenden neuen Submissionsbedingungen und der Entwurf eines Streikgesetzes sind auf Millerands Thätigkeit als Handelsminister zurückzuführen. Die Pariser Weltausstellung war nicht nur ein großer Erfolg als Weltschau, sie hat auch den Nationalhaß der Franzosen unsrem Volk gegenüber gewaltig abgeschwächt. Deutsche Schauspieler, deutsche Musiker, deutsche Gesangvereine sind unter lebhaftem Beifall ohne jede Störung aufgetreten, auf zahllosen Kongressen haben Deutsche unter sympathischem Beifall der Franzosen ihre Anschauungen entwickeln können.

Belgiens

Beziehungen zum offiziellen England haben infolge des Attentats eines halbwüchsigen Bürschchens auf den Prinzen von Wales eine Trübung erfahren. Die Wahlen haben an den parlamentarischen Machtverhältnissen nichts geändert, aber unsre Genossen konnten einen ansehnlichen Stimmenzuwachs verzeichnen.

Holland

hat am wärmsten für die Sache der Boeren mitgefühlt, und, soweit dies bei einem Kleinstaate überhaupt möglich war, auch werkthätig seine Sympathie bekundet. Die Unfallversicherungs-Vorlage der Regierung ist nach Annahme in der zweiten Kammer in der ersten gescheitert. Große aber wenig erfolgreiche Ausstände der Hafenarbeiter waren zu verzeichnen.

England

nahm das Mißgeschick im Boerenkriege leicht, die heimkehrenden Krieger empfing es, als ob sie eine Weltmacht niedergeworfen hätten. Auch bei den Neuwahlen spielten die Riesenopfer des Kriegs keine Rolle, die Mehrheit der Konservativen blieb bestehen; in dem nach den Wahlen rekonstruierten Kabinett wurde der Einfluß Salisbury durch Uebertragung wichtiger Aemter an Angehörige seiner Familie sehr gesteigert. Infolge der kontinentalen Flottenvermehrungen hat England riesige Schiffsbauten in Angriff genommen. Neben dem Boerenkriege und dem China-Feldzuge muß Albion noch die Aschanti bekriegen. Für socialpolitische Maßregeln blieb dem konservativen Kabinett keine Zeit.

In Dänemark

hatten die Socialdemokraten außerordentlich große Erfolge bei den Kommunalwahlen zu verzeichnen gehabt; fast alle größeren Städte hatten socialdemokratisch gewählt. Ueber den Verkauf der westindischen Kolonien an die Vereinigten Staaten schwebten das ganze Jahr hindurch Verhandlungen, ohne daß sie zu einem Abschluß kamen.

Schweden und Norwegen

stehen nun unter der Regentschaft des Kronprinzen, da der König nervös schwer krank sein soll. Die Neuwahlen in Norwegen haben die Macht der Bauerndemokratie nicht zu schwächen vermocht.

Rußland

setzt die verfassungswidrige Russifizierung Finnlands trotz aller Proteste und trotz des rühmlichen passiven Widerstands der Bevölkerung weiter fort. Mit der Russifizierung sucht man auch alle gewährleisteten Freiheiten, wie die Versammlungsfreiheit, die nie groß gewesene Preßfreiheit u. a. zu unterdrücken. Ebenso wie in Finnland wird im Königreich Polen gehaust, neue schwere Strafen wurden denjenigen angedroht, die polnischen Sprachunterricht gegeben. Noch weit schärfer geht man gegen die socialistische Bewegung vor; zahllos waren die Verhaftungen, Verschickungen und Verurteilungen unsrer Genossen im verflossenen Jahre, in Warschau z. B. wurden 7 Socialisten zum Tode durch den Strang verurteilt. Dabei schreien die socialen Zustände zum Himmel, in Bessarabien und in zahlreichen andren Gouvernements herrschte Hungersnot, die Staatskassen sind leer und die zahlreichen Bemühungen des Finanzministers Witte, Geld zu schaffen, waren nicht vom erwarteten Erfolge begleitet. Der plötzliche Tod des Ministers des Auswärtigen Murawieff hat zu dem in St. Petersburg allgemein geglaubten Gerüchte Anlaß gegeben, daß er Selbstmord verübt habe, weil seine Intriguen in China durchschaut waren und nicht die nachträgliche Billigung des Zaren gefunden hatten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

Posadowsky.

Die Konservativen bemühen sich eifrigst, das Ende des 12000 Mark-Grafen abzuwehren. Wenn Graf Bülow, so erklärt die „Kreuz-Zeitung", innere Krisen vermeiden wolle, so möge er sich doch hüten, durch ein Ausweichen um jeden Preis gerade die Krise herbeizuführen. Durch Warnung und Drohung versucht das führende Blatt der konservativen Partei die Rettung ihres Freundes dem Reichskanzler abzuzwingen:

„Dies (die Herbeiführung der Krises) würde z. B. sicher der Fall sein, wenn die gegen den Grafen Posadowsky unter Führung der Socialdemokratie und unter stiller Beteiligung andrer ihr äußerlich fernstehender Elemente betriebene Hetze zum Rücktritte dieses hochverdienten Staatsmanns führte. Daß die ad hoc Verbündeten ihren nächsten Zweck, einen Systemwechsel auf dem handelspolitischen Gebiet, damit erreichen würden, glauben wir freilich nicht, und wir haben diesen Standpunkt von Anfang an vertreten. Etwas andres, was für den Umsturz grundsätzlich noch wichtiger ist, würde dadurch aber allerdings zu Wege gebracht werden. Niemand könnte nämlich fortan mehr bezweifeln, daß **die grundsätzliche Opposition, obwohl parlamentarisch in der Minderheit, doch Einfluß genug besitzt, um einen ihr mißliebig gewordenen Minister zu stürzen.** Ueber die Tragweite dieser Thatsache ein Wort zu verlieren, hieße Wasser ins Meer tragen; sie spricht für sich selbst. Eben daraus läßt sich aber ohne Mühe erklären, daß und weshalb die bekannte Hetze, auf die wir als solche hier nicht wieder eingehen, in der verbündeten Presse mit einer Unermüdlichkeit und Ausdauer fortgesetzt wird, die selbst unter den heutigen Verhältnissen bemerkenswert ist und ihresgleichen sucht. Hier wäre allerdings ein Streich zu führen, dessen Tragweite von dem berührten Standpunkte gar nicht überschätzt werden kann. **Die letzte Entscheidung** wäre damit thatsächlich **in die Hände der socialdemokratischen Parteileitung gelegt,** auch ohne daß dies äußerlich in irgend einer Weise bekundet zu werden braucht, ganz friedlich und ohne den Anschein der „inneren Krise", und doch mit den allerschwerwiegendsten Folgen.

Vom formalen Standpunkt läßt sich die Sache deshalb nicht beurteilen und abthun, in ihrem sachlichen Kern muß man sie erfassen. Das liegt dermaßen auf der Hand, daß es nahezu beleidigend wäre, eine andre Auffassung der „inneren Krise", die „vermieden" werden muß, überhaupt für möglich zu halten."

Die „Kreuz-Ztg." droht dem Reichskanzler mit ihrem zornigsten Zorn, wenn er den Grafen Posadowsky fallen läßt. Wenn Graf Bülow den Grafen Posadowsky in die Wüste der Regierungspräsidentschaft jagt, so dankt er ab zu Gunsten der triumphierenden socialdemokratischen Parteileitung, was nimmer geschehen darf, und häufte sich der Unrat reichsbehördlicher Schmutzigkeiten noch so hoch. Die Entlassung des Grafen Posadowsky bedeutet die „innere Krise", d. h. die unerbittliche Opposition der Junker.

Es muß um den Grafen Posadowsky wahrlich recht bös stehen, daß die „Kreuz-Zeitung" durch das „rote Gespenst" auf die maßgebende Stelle wirken zu sollen vermeint. Natürlich weiß die „Kreuz-Zeitung" sehr wohl, daß erst durch die Ungnade des Centralverbands der Industriellen die Situation des Grafen Posadowsky eine kritische geworden ist. Die Aufdeckung der Korruption durch die Socialdemokratie ist allerdings der Anlaß für die Aengsten des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, aber die Ursache seines Sturzes — darüber täuschen wir uns am wenigsten — ist der Groll derer um Bueck.

Graf Posadowsky muß den konservativen Junkern überaus wertvoll sein, daß sie zu seiner Rettung alle Minen springen lassen. —

Der Wahltag der allgemeinen Wählerklasse.

-st- **Wien,** 1. Januar.

Nachdem die Wahlen seit vier Monaten ausgeschrieben sind, wird Donnerstag in Oestreich endlich gewählt werden. Am 3. Januar ist der Wahltag der sogenannten fünften Kurie, der Wählerklasse des allgemeinen Stimmrechts. Sie umfaßt bekanntlich 72 Abgeordnete, von denen zwanzig — die für Galizien, Bukowina, Dalmatien und Krain — bereits gewählt sind. In Kärnten, dem Lande mit einer halben Million Einwohner, das einen Abgeordneten wählt, ist die Wahl erst am 5. Januar; Donnerstag werden also im ganzen 51 Abgeordnete gewählt. Das ist nur ein kleiner Bruchteil des Parlaments, das ja aus 425 Abgeordneten besteht; trotzdem stehen diese Wahlen im Vordergrunde des Interesses und alle Aufmerksamkeit ist auf sie konzentriert. Da tritt eben das Volk selbst auf die Tribüne, wogegen es sich bei den Wahlen der privilegierten Kurien um nicht mehr als um den Streit kleinerer oder größerer Cliquen handelt. Von den 51 Mandaten entfallen auf Böhmen 18, Mähren 7, Schlesien 2, Niederöstreich 9 (darunter Wien mit 5), Oberöstreich 3, Steiermark 4, Tirol 3, auf die übrigen Länder: Vorarlberg, Salzburg, Triest, Istrien, Görz und Gradica je ein Mandat. Direkt wird gewählt in Niederöstreich, dann in den Wahlbezirken der großen Städte, wie Prag, Triest, Graz und Brünn. Insgesamt werden in direkter Wahl 13, in indirekter, durch Wahlmänner, 38 Abgeordnete gewählt werden.

Von den Donnerstag zu besetzenden Mandaten hatte die Socialdemokratie bis jetzt zwölf besessen: sieben böhmische (von denen Eger, Saaz, Leitmeritz, Reichenberg und Trautenau deutsch, Pilsen, Smichow czechisch waren) drei mährische und (deutsch, Mährisch-Schönberg, czechisch Brünn und Olmütz), ferner das deutsche Mandat von Graz und das czechische von Teschen (Schlesien). Von diesen zwölf Mandaten eroberte aber die Socialdemokratie aus eigner Kraft nur fünf (Eger, Leitmeritz, Reichenberg, Pilsen und Smichow), alle übrigen wurden erst in der Stichwahl ihr Besitztum. Man begreift also, daß die Koalierung sämtlicher bürgerlichen Parteien die Chancen für unsre Bewerber sehr verschlechtert. Wie weit dieser Haß gegen die Socialdemokraten geht, zeigt die Wahlbewegung in Graz. Dort ist im Jahre 1897 unser Genosse Resel in der Stichwahl gewählt worden; die Deutschnationalen stimmten für ihn gegen den Klerikalen. Obwohl nun die Klerikalen in dem Wahlbezirke, der auch die ganze bäuerliche Umgebung von Graz umfaßt, doppelt so stark sind als die Deutschnationalen — sie hatten bei der vorigen Wahl 14 000, die Nationalen blos 7000 Stimmen — so haben sie doch, um der Konstellation vom Jahre 1897 auszuweichen, auf die Aufstellung eines eignen Kandidaten verzichtet und stimmen sofort für den deutschnationalen Kandidaten — um ja nur dem socialdemokratischen die Möglichkeit der Stichwahl zu rauben! Und dabei ist bei Wiederwahl der Gegensatz zwischen klerikal und antiklerikal derzeit gar nicht so stark wie der zwischen bürgerlich und socialdemokratisch! Die Socialdemokratie hat bei diesen Wahlen thatsächlich eine Koalition sämtlicher nichtsocialdemokratischer Parteien gegen sich, und kein Gegensatz des politischen Lebens ist so groß, daß er sich in diesen Wahlen nicht gegen die Socialdemokraten sofort schlösse.

Der Wahltag ist so nahe gerückt, daß es überflüssig wäre, über seinen möglichen Ausgang Vermutungen aufzustellen. Nach dem Stande der Wahlmänner-Wahlen ist ein Verlust von vier Mandaten (Eger, Graz, Trautenau und Olmütz) leider gewiß. Alle übrigen können noch errungen werden, obwohl die Aussichten in einigen Bezirken nur recht dürftige sind. Dagegen ist Hoffnung vorhanden auf die Eroberung neuer Mandate. Hier ist vornehmlich Wien in Frage, wo wir 1897 in vier Wahlbezirken nur mit einer nicht bedeutenden Mehrheit geschlagen worden sind. Auch Wiener Neustadt, wo Pernerstorffer gegen den allerdings sehr einflußreichen Landesausschuß Steiner im Gefecht steht, bietet Chancen. Nicht ausgeschlossen ist die Eroberung eines Bezirks in

Steiermark und des zweiten Mandats in Schlesien. Das Charakteristischte dieser Wahlen ist eine allgemeine Unsicherheit. Keine Partei kann vorher von einem sicheren Besitzstand reden; alles ist im Fluß und der Wahltag kann freudige, kann traurige Ueberraschungen bringen.

* * *

Deutsches Reich.

Aus der Hunnenbrief-Mappe.

In den letzten Tagen sind wieder so viele Briefe deutscher Chinakrieger bekannt geworden, daß wir eine ganze Zeitungsnummer mit den fürchterlichen Einzelheiten füllen könnten. Wir begnügen uns mit der Zusammenstellung einiger Stichproben.

Aus einem dem „Vorwärts" zur Verfügung gestellten Briefe, datiert Schan-hai-kwatt, den 27. Oktober:

„. . . sonst verhalten die Chinesen sich einigermaßen ruhig, wo so ein Schlitzauge einem gefährlich **vorkommt**, wird er einfach niedergeschossen oder gestochen. Wenn es geht, schick ich Ihnen zu Weihnachten einen kleinen Chinesen im Karton".

Aus Thüringen ist einem unsrer Mitarbeiter ein Chinabrief übergeben worden, dem folgende Stellen entnommen seien:

„Als wir die Thore geöffnet hatten und die andern (deutschen Soldaten) alle hereindrangen, **da ging die Metzelei los. Alles wurde niedergemacht,** mit Ausnahme von Frauen und Kindern. Mitunter trafen wir in einem Hause sechs Chinesen, die haben wir in eine Reihe gestellt und dann unsren **Spaß** gehabt, einem jeden das Bajonett so drei-, viermal in die Brust zu rennen. Als alles niedergemacht war und Frauen und Kinder hinausgetrieben waren, wurde das ganze Nest in Brand gesteckt. Ich wünschte, einer von Euch hätte das gesehen. Draußen vor der großen Mauer lagen die Chinesen mit gebrochenen Beinen; sie hatten flüchten wollen und waren die hohe Mauer hinuntergesprungen. Die mußten wir alle erstechen, was mir großen Witz machte, denn die Hunde sind nichts andres wert. — Du machst Dir keinen Begriff, was das für ein Kriegführen ist, denn die Boxer haben weiter nichts, als eine Lanze und ein Schwert, manche sind bewaffnet mit Pfeil und Bogen. Auf 800 Meter schießen wir noch alle stehend, freihändig. Du müßtest bloß einmal ein Schlachtfeld sehen, wenn alles vorüber ist, da liegen die Boxer umher wie Steine **und da geht erst das Stechen los, denn die meisten Hunde verstellen sich bloß;** sobald einer hinkommt, machen sie die Augen zu oder drehen sich um, **dann bekommen sie noch ein paar Stiche und es ist vorbei mit ihnen.** — Wenn ich Dir alles ausführlich schreiben wollte, würdest Du staunen und hoffentlich kann ich's Euch mündlich erzählen, **denn in einem Soldatenbrief darf man nicht alle Wahrheit schreiben,** da man nicht weiß, wer ihn noch alles lesen thut." —

Die Angehörigen dieses Freiwilligen sind ganz verzweifelt über die in dem Brief, der ja noch das Schlimmste zu verschweigen scheint, sich äußernde Verrohung ihres Verwandten.

Den Hunnenbrief eines Civilisten, dessen Namen bekannt ist, veröffentlicht, wie man uns aus Düsseldorf schreibt, ein dortiges Blatt. Der Schreiber ist der **Maler Theodor Rocholl,** der vom Kaiser nach China geschickt wurde, um im Quartier Waldersees Studien zu machen. Der Maler schreibt u. a.:

„Unter uns, am Ostthor, erschallt eine Salve. Unsre Pferde stutzen nur einen Moment und schnoben die Luft. Ich sitze ab. Da liegen **3 Chinesen** (Soldaten, die Patronen entwendeten) nebeneinander **in der frischgeschaufelten Grube.** Dicht davor eine Sektion deutscher Infanteristen. Sie haben ihr Ziel nicht verfehlt. Von neuem **treten Hand in Hand 5 Boxer in die Grube zwischen die Leichen.** Lautlos stehen sie da. 2 haben davon sich nachgewiesenermaßen (?) an der Ermordung der Missionare beteiligt. Abermals das Kommando „Feuer". Vornüber stürzen die 5. Ein Körper wirft sich noch einmal hoch. Dann „Erde drüber". Die 10 Kulis schaufeln ihre Landsleute ein. Die Nachmittagssonne liegt warm über der Mauer und deckt das festgetretene frische Grab der Fanatiker. Ihnen wird bald der Kriegsminister der Provinz Petschili folgen und noch 20—30 . . . . . Die Gesichter der Einwohner werden täglich länger. Dem ersten Eintritt der Offiziere sahen sie noch so recht übermütig und spöttisch zu. Aber jetzt, wo die höchsten Mandarinen ihres Lebens nicht mehr sicher sind, hat sich der Spott gar schnell gelegt. **Das war ein interessanter Ritt** von Tientsin hierher. Durch hochummauerte Städte. Die Bivouaks in Tempelgärten. Von Boxern angebrannte und zerstörte Städte, von chinesischen Truppen wieder erobert. **Abgeschnittene Köpfe an den Stadtthoren** und **an den Pfeilern zerstörter Brücken** . . . Ein Boxer wird uns vorgeführt aus dem Gefängnis. Der Mandarin würde nichts dagegen haben, wenn wir ihn erschössen — aber wir halten den armen zähneklappernden Burschen nicht für das, als was der Mandarin ihn gerne ausgeben möchte: einen Boxerführer. . . Und weiter geht's, bis ein **neues, fesselndes Bild** das vorige verdrängt."

Das war ein interessanter Ritt, „fesselnde Bilder" sagen einander! Rafael ist der wahre Künstler auf der Höhe der Zeit! Wird der interessante Studien aus dem Feldzug mitbringen! Abgeschnittene Menschenköpfe. . . Das Wasser muß einem richtigen Hunnenliebhaber förmlich auf der Zunge zusammenlaufen!

Zum Künstler gesellt sich ein — **Theologe.** In der „Ostpreußischen Zeitung" schildert ein freiwilliger Krankenpfleger und Predigtamtskandidat Erich Braun, wie man bei der Verladung des Gepäcks vorgeht:

„Das Schlimmste dabei war, daß bei dieser Arbeit mit den Kulis alles nervös wurde. Da wurde geschimpft, gewettert **und mit dem Knüttel dreingeschlagen.** So ungern man zu diesem Mittel greifen wird, es hilft nicht, mit der Gesellschaft ist anders kaum fertig zu werden."

Daß aber die Kulis auch nicht ihren Lebenszweck einsehen, den eindringenden Hunnen das Gepäck zu schleppen!

Ueber sein tägliches Arbeitspensum berichtet ein Chinakrieger aus der Provinz Posen:

„2 oder 3 Chinesen werden alle Tage totgeschlagen und in den Peiho geworfen."

Aus einem Brief, den die Erfurter „Tribüne" mitteilt:

„. . . **Widersetzt sich ein Chinese,** so wird er vor den andern **erschossen,** damit die andern Furcht bekommen, vor die Germann wie sie uns Deutsche nennen haben Sie die größte Furcht auch vor den Russen kommt aber ein Japaner, so mus erst der Deutsche mit zwischen schlagen, **dresche bekommen die Chinesen wie die Maulthire.** . . . In Peking haben Russen Japaner und **Deutsche mächtig geplündert** Seide Geld Uhren und andre Wertsachen, am meisten die . . ." (der Satz ist nicht wiederzugeben, weil er schwerste Beschuldigungen enthält.)

Vom **Plündern** erzählt auch ein lieber Neffe seinem Onkel und seiner Tante in einem Briefe aus Peking vom 10. Oktober, den die „Leipziger Volkszeitung" bringt:

„Von Tientsin bis Peking hier haben wir schon **schwer geraubt und geplündert** alles was nicht nit und Nagel fest war wurde niedergebranndt und die Boxer **alle erschossen und erstochen."**

Aus Tientsin, 28. Oktober, schreibt ein Khaki-Mann:

„Die Chinesen waren am Tage zuvor teils verschwunden, teils geflohen. Etliche waren jedoch zurückgeblieben. Einige wurden nun gerade erwischt, wie sie mit Petroleumflaschen herumliefen. Sie wurden totgeschlagen und schrecklich zugerichtet. So wurden in der Nacht **15 Chinesen erschlagen, die meisten von den Deutschen.** Ich sah mir einige an, aber ein schrecklicher Anblick. Man muß hier mehr auf Gesundheit rechnen, als auf die Kugel."

Damit genug für heute. Unter dem Zeichen dieser Kundgebungen deutscher Kultur wandern wir ins 20. Jahrhundert! —

Auch ein Hunnenbrief.

„Mein Bruder, ich **ersehe** aus Ihrem Briefe **mit Vergnügen,** daß ein Dorf der Aufständischen in **Brand gesteckt** worden ist. Exemplarische Züchtigungen sind durchaus notwendig. **Hoffentlich hat man das Dorf von den Soldaten plündern lassen.** So muß man mit den aufständischen Landbewohnern verfahren. Das ist Kriegsgebrauch, aber es ist auch eine Pflicht, welche die Politik vorschreibt."

Der Brief, der heute geschrieben sein könnte, stammt aus dem Jahre 1806 und rührt von Napoleon I. her. Das war die Parole wider die Boxer in Europa! Der Napoleonismus lebt noch in den Mächten Europas, er ist nur inzwischen minder genial, dafür aber um so brutaler geworden! —

Fromme Treue. Jetzt soll nun der fromme Kommerzienrat Sanden nicht einmal etwas für die Kirche gethan haben. Seine Zuwendungen sollen wenig mehr als 20 000 M. betragen haben. Die Frommen sind undankbar und treulos. Vielleicht erklärt sich aber die Differenz zwischen den jetzigen und den früheren Angaben, daß man die thatsächlichen Zuwendungen nach dem heutigen Kurswert der Grundschuldpapierchen berechnet hat. Denn für lumpige 20 000 M. bemüht sich doch der Freiherr v. Mirbach nicht, dem Herrn Kirchenrat — oder ist Sanden auch das nicht gewesen? — den Adel zu verschaffen, was der Kammerherr der Kaiserin übrigens bisher eben so wenig bestritten hat, wie die andre Behauptung, daß es ihm gelungen sei, mit Hilfe des dafür mit dem Kommerzienratstitel belohnten, gegenwärtig in Moabit befindlichen Hofbankiers und Generalkonsuls Schmidt einen gewissen Millionen-Besitz ohne Verlust abzustoßen.

Diesen Herrn Schmidt sucht übrigens ein gnädiges Berliner Lokalblatt ein bißchen unzurechnungsfähig zu machen. Er soll an den Folgen einer schweren Operation leiden usw. Man versichert uns im Gegenteil, daß der Herr nie krank, sondern stets sehr gesund gewesen. Eine Kopfoperation hatte nicht der Hofbankier, sondern ein Sohn von ihm im Jahre 1897 durchzumachen gehabt. Auch Herr Eduard Schmidt hat eine interessante Vergangenheit, er stammt aus einer ganz armen Familie. Sein Vater war Musiker. Mutter und Schwester verdienten ebenfalls ehrlich ihr Brot, indem sie für ein Geschäft Puppenköpfe mit Wachs überzogen. Mit Sanden steckte der Hofbankier schon 12 bis 15 Jahren zusammen. Seiner Frau hat er bereits vor drei Jahren ein beträchtliches Vermögen übertragen — er hat sich also gut vorbereitet. Frau Schmidt verfügt außerdem über einen beträchtlichen Grundbesitz. —

Auf dem „segnenden Christus", der das Erbbegräbnis der Familie Sanden schmückt, steht die Inschrift: „Kommt her zu mir, alle die Ihr mühselig und beladen seid, ich will Euch erquicken."

Mit diesem Spruch hat wohl auch der Kommerzienrat die Mühseligen und Beladenen aufgefordert, sich mit seinen Papieren zu erquicken. Die Folgen verspüren jetzt Tausende. Ein Webermeister in Nowawes soll über den Verlust seiner in der Grundschuldbank angelegten Ersparnisse geisteskrank geworden sein. Die fromme Frau des heiligen Sanden hat „ihr" Vermögen im Auslande angelegt. Das Amtsgericht in Potsdam ist, wie berichtet wird, jetzt bemüht, wenigstens festzustellen, wo im Inlande Frau Sanden noch Kapitalien hat. Vor einigen Tagen hat sie an den Vorstand der Werderschen Schützengilde ein Schreiben gerichtet, in dem sie ersucht, die fälligen Zinsen für eine auf ihren Namen auf das Grundstück des Werderschen Schützenhauses zur ersten Stelle eingetragene Hypothek von 40 000 Mark direkt an sie zu senden. Sanden pflegte die guten Hypothekengeschäfte aus eignen Mitteln zu machen und die ungünstigeren den von ihm geleiteten Banken zu überlassen. So ist es auch bei dem Werderschen Schützenhause gewesen; denn als seiner Zeit der Vorstand der Gilde bei der Preußischen Hypotheken-Aktienbank um Beleihung des Grundstücks nachsuchte, machte Sanden Einwendungen und erklärte sich schließlich bereit, die 40 000 M. zu 4½ Proz. aus eignen Mitteln herzugeben. Vor einigen Monaten ließ der Kommerzienrat dann die Hypothek auf den Namen seiner Frau umschreiben.

Die Enträtselung des innerpolitischen Bülow wird in den Blättern mit rührsamem Eifer betrieben. Dabei schneidet der Herr Kanzler trefflich ab. Agrarier und Nichtagrarier aller Schattierungen lobpreisen den Grafen Bülow als Besitzer der wunderbarsten Fähigkeiten, der tiefgründigsten Kenntnisse und selbstverständlich der gesunden Vernunft, ihre — der jedesmaligen Verherrlicher — innerpolitische Wünsche erfüllen zu wollen. Dabei fühlt sich keiner der Prüfenden seiner Sache sicher aus Furcht, sich morgen schon enttäuscht zu sehen; um so eifriger aber läßt er sogleich wieder den Weihrauch steigen, auf daß der Beweihräucherte sich dankbar demjenigen zuneige, der ihn am eifrigsten als einen bedeutenden, als einen sehr bedeutenden Mann erklärt hat.

Eine der anmutigsten Leistungen dieser Art bietet die „Münch. Allg. Ztg." Zunächst erklärt das Blatt, man thue dem Grafen Bülow bitter Unrecht, wenn man annehme, er habe noch gar kein innerpolitisches Programm; es wird aufgezählt, wie tiefe Erfahrungen auch in der inneren Politik der Graf in seinen früheren Aemtern habe sammeln können. Dann klingt das Lied vom neu aufgelegten Bismarck:

„Er würde aber seine ganze politische Herkunft als ein aus der Bismarckschen Schule hervorgegangener Realpolitiker mit langen und vielseitig geprüften Erfahrungen verleugnen, wenn er nicht in erster Linie sowohl in wirtschafts- wie in socialpolitischer Beziehung die mittlere Linie zu gewinnen mit allen Kräften bemüht sein möchte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er sich in dieser Beziehung allzusehr auf die Bemühungen von interessierter Seite, ihm das Parallelogramm der Kräfte an die Hand zu geben, in dem er bloß die Diagonale zu ziehen haben würde, verlassen werde. Er wird vielmehr selbst prüfen und das wählen, war er in Abwägung der gesamten vaterländischen Interessen für das beste hält.

Mit dem heute zu Grabe getragenen Feldmarschall Blumenthal wird Graf Bülow der Meinung sein und bleiben, daß Schlachten nicht nur vorher bedacht werden wollen, sondern auch unter Umständen aus dem Sattel gewonnen werden müssen. Er wird also sich auf sein Programm nicht festnageln lassen. Seiner ganzen Natur aber, die bei aller Konzilianz nichts weniger als eine weichliche oder weibliche, sondern im Gegenteil eine männliche und starke ist, wird es widersprechen, wenn sich die Annahme festsetzte, er scheue sich, einen Konflikt auf sich zu nehmen. Die Anschauung, daß die Regierung der Personen kommen müsse, hat sich seit Jahr und Tag bei mehr als einer Partei fester gesetzt als es im bestverstandenen Interesse des Vaterlands ersprießlich ist.

Wenn früher oder später sich eine derartige Annahme als irrig erweisen sollte, so wird man damit rechnen dürfen, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident Graf Bülow einen ihm etwa aufgedrungenen inneren Kampf mit großer Energie und Rücksichtslosigkeit, aber auch unter Festhalten des Bismarckschen Standpunkts durchführen werde, daß Konflikte nicht dazu da sind, um zu einer dauernden Institution ausgebildet zu werden. Vielleicht unterziehen verschiedene Parteien, bevor sie es auf einen Konflikt mit dem neuen Kanzler ankommen lassen ihre dermaligen Bestrebungen und weiteren Wünsche einer eingehenden Nachprüfung zum Jahreswechsel. Die Anmaßung, andre zu meistern, ist nicht immer da am schwächsten, wo die Verpflichtung, den Balken im eignen Auge nicht über den Splittern in andren zu vergessen, am zwingendsten erscheint."

Dies den Agrariern gestellte Bild des Grafen Bülow kann Herr Lenbach getrost kopieren. Es ist alles darin: das Schwimmen mit der mittleren Linie und das Schwimmen gegen den Strom, das Weibliche und das Männliche, die Konzilianz und die Tapferkeit der Konflikte. Die Agrarier werden sich vor dem Bilde ebenso fürchten als vor dem Original. —

Zuchthaus-Sehnsucht. „Post" und „Kreuz-Zeitung" äußern heute à tempo aus Anlaß der socialdemokratischen Neujahrsbetrachtungen ihre heiße Begierde nach einem Zuchthauskurs der Scharfmacherei. „Greifen wir das Uebel nur an der Wurzel an und treffen wir scharfe Maßregeln gegen die zersetzenden Einflüsse auf unser Volksleben" — deklamiert die „Kreuz-Zeitung", meint aber damit weder die Kanalrebellen, noch die Brotwucherer, noch die Harmlosen, noch die Stipendiaten der Trinkgeldpolitik, noch die Hunnen, auch nicht die Sanden-Frommen — sondern die Socialdemokratie.

Die „Post", die unsren Neujahrsartikel einen „paralytischen Dithyrambus" nennt, macht am Schlusse die funkelnagelneue Entdeckung, daß die Socialdemokratie sich „in letzter Zeit" als Feind der Monarchie bekenne, daß sie „jetzt" die Monarchie als Institution bekämpfe. Gewiß, das thut die Socialdemokratie, seitdem sie existiert; aber sie unterscheidet sich dadurch von den Freunden der „Post" und „Kreuz-Zeitung", daß sie die Institution principiell ablehnt, während diese Ordnungsstützen nur so lange der Person des Monarchen huldigen, als sie ihren Interessen nützt, sofort aber gegen ihn heimtückisch intrigieren oder auch offen agitieren, wenn seine Politik ihnen nicht genug Vorteile verschafft. Die monarchische Gesinnung der Konservativen ist ja, wie wir aus ihren eignen Geständnissen wissen, lediglich eine Zollfrage. Für eine Zoll-Differenz von 2, 3 oder 5 M. ist den Junkern und Industrie-Freiherren jede Krone feil. —

Der Kanal-Ulk. Die „Köln. Volksztg." stellt fest, daß die Sache der Kanalvorlage aussichtslos sei; weder die Konservativen noch das Centrum werde für den neuen Entwurf zu haben sein. Das katholische Blatt schließt sich der Auffassung des „Vorwärts" an, daß die Politik der Regierung — will sagen Miquels — sei, die Kanalvorlage endgültig aus der Welt zu schaffen.

Die Regierung kapituliert eben vor dem unbeugsamen Willen der Junker! —

Die Reichsbank beging am Mittwoch ihr fünfundzwanzigjähriges Jubiläum. Zur Feier des Tags fand eine Festversammlung des Reichsbank-Direktoriums und des Centralausschusses statt. Der Präsident der Reichsbank Dr. Koch schilderte in einer längeren Ansprache die Entwickelung und Bedeutung der Reichsbank. Aus der Versammlung heraus wurden die Verdienste des Herrn Dr. Koch um die Reichsbank betont. —

Es ist erreicht! Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen, Major a. D. Endell, von dessen auffälligen finanziellen Manipulationen wir jüngst berichteten, ist nunmehr sein Rittergut Kickrz an die Ansiedelungskommission losgeworden. Dazu hat Preußen nämlich seinen 200 Millionen-Fonds für die Germanisierung der Polen, damit mit seiner Hilfe bankrotten deutschen Agrariern auf die Beine geholfen wird.

Nachdem Herr v. Endell so für seine Person die agrarische Frage beseitigt hat, ist er vom Vorsitz der Landwirtschaftskammer zurückgetreten. Die „Deutsche Tageszeitung" widmet aus diesem Anlaß ihrem „hochverehrten Führer" einen rühmenden Nachruf. —

Wie die Offiziösen schwindeln! Das „Berl. Tageblatt" läßt sich aus München telegraphieren, der Graf Bülow sei deshalb mit hohen Orden bedacht worden, weil es ihm gelungen, „die Gespanntheit in Bayern und Württemberg gegen die Reichsregierung" zu beseitigen, die unter dem Fürsten Hohenlohe „in der letzten Zeit" eingetreten sei.

Der arme Hohenlohe! Woran der nun plötzlich alles schuld sein soll. In Wahrheit verhält sich die Sache umgekehrt. Die Bundesstaaten fühlten sich allerdings wesentlich vernachlässigt, aber sie schoben die Schuld so wenig der Reichsregierung zu, daß sie vielmehr Fürst Hohenlohe geradezu als den Vertrauensmann ihrer Rechte betrachteten und den alten Mann deshalb veranlaßten, so lange, wie es irgend ginge, im Amte zu bleiben. Die jähe Entlassung Hohenlohes verschärfte natürlich den Unmut der Bundesstaaten und deshalb mußte Graf Bülow schleunigst die Rundreise an den Höfen antreten. Es galt einen Krach zu verhüten. —

Der Fall des Professors Neißer in Breslau, der seiner Zeit in der Presse und im Abgeordnetenhause so viel Aufsehen erregte, wurde am 29. Dezember in Berlin vor dem Disciplinarhof für nicht richterliche Beamte verhandelt. Prof. Neißer hatte in einer Festschrift im Jahre 1899 in einem wissenschaftlichen Aufsatz selbst erzählt, daß er in der Breslauer Universitätsklinik an Kindern, welche der Klinik zur Heilung von Krankheiten anvertraut waren, Versuche mit Syphilisgift angestellt habe, und hatte den Verlauf dieser Versuche eingehend beschrieben. Diese Versuche waren ohne Vorwissen und Einwilligung der Eltern und ebenso der Kinder vorgenommen worden. Als diese Angelegenheit in der Budgetkommission und dann im Plenum des Abgeordnetenhauses zur Sprache gebracht worden war, wurde eine behördliche Untersuchung angestellt. Es soll sich ergeben haben, daß die sämtlichen Versuche fraglicher Art schon aus dem Jahre 1892 stammen und seitdem von Professor Neißer ähnliche Versuche nicht mehr vorgenommen worden sind. Was die Verfolgung dieser Versuche selbst angeht, so stand damit fest, daß sie wegen Verjährung unmöglich war. Es blieb also nur die erwähnte Veröffentlichung, die ebenfalls zu Anständen Anlaß gab, dem Urteil des Disciplinarhofs vorbehalten. Professor Neißer hat eine Ordnungsstrafe von 300 M. und einen Verweis erhalten. —

Das Befinden des Großherzogs von Sachsen-Weimar ist derart, daß die Katastrophe in nächster Zeit erwartet wird. —

Aus dem Lande des Ochsenkopfs und des ritterschaftlichen Junkerregiments wird berichtet, daß die dortigen Junker die Absicht der Regierung, zum Zwecke einer Reform des rückständigen ritterschaftlichen Seminars in Lübtheen eine dreiklassige Präparandenanstalt zu errichten, dadurch durchkreuzt haben, daß sie nur zwei Präparandenklassen bewilligten. Nach der „Mecklbrg. Ztg." hielten Kommission und Ritterschaft eine Präparandenanstalt überhaupt für überflüssig und eine zweijährige Seminarzeit allein für ausreichend zur Vorbereitung auf den ritterschaftlichen Schuldienst. Dieser Schuldienst sei nämlich ein besonderer und eigenartiger. Es sei den Kindern der Eingesessenen nur das Verständnis des göttlichen Vaters zu eröffnen und neben einigem beschränkten Wissen vom engeren und weiteren Vaterlande nur so viel Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen zu übermitteln, als sie später im Hofdienst brauchten. Die mecklenburgische Schulzeitung bemerkt bitter dazu: „Nicht zukünftige Bürger des Deutschen Reichs hat danach die ritterschaftliche Schule heranzubilden, sondern nur zukünftige ritterschaftliche Tagelöhner." —

Der Württembergische Landtag wird auf den 15. Januar einberufen. In der Einberufungsurkunde findet sich die veraltete Formel, der König befehle, daß die Mitglieder der beiden Kammern sich an dem betreffenden Tage in Stuttgart einfinden und sich bei dem ständischen Ausschuß legitimieren. —

Gefallene Offiziere. In der deutschen Armee wurden seit 15. November pensioniert: 2 Generallieutenants, 4 Generalmajore, 4 Oberste, 3 Oberstlieutenants, 12 Majore, 34 Hauptleute, 7 Ober-

Lieutenants, 9 Lieutenants, Summe 75 Offiziere. **Kosten pro Jahr ca. 237 000 M.**

Ohne Pension wurden verabschiedet: 4 preußische Lieutenants. Ausgeschieden sind 8 preußische Lieutenants, so daß der Gesamtabgang an Offizieren in den letzten 6 Wochen 87 beträgt.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen 2 Generallieutenants, 2 Generalmajore, 4 Oberste, 3 Oberstlieutenants, 9 Majore, 28 Hauptleute, 5 Oberlieutenants, 8 Lieutenants (Summe 61); auf Bayern 2 Generalmajore, 1 Major, 4 Hauptleute, 1 Oberlieutenant (Summe 8); auf Sachsen 2 Majore, 1 Oberlieutenant (Summe 3); auf Württemberg 2 Hauptleute, 1 Lieutenant (Summe 3).

Was nun die **im Laufe des Jahrs 1900** stattgehabten Verabschiedungen anbelangt, so ist folgendes zu konstatieren: **Pensioniert** wurden in diesem Zeitraum **644 Offiziere** gegen 548 im Vorjahre. Hiervon treffen auf Preußen 516 gegen 393 im Vorjahre; auf Bayern 72 (gegen 92 im V.); auf Sachsen 31 (gegen 34 im V.); auf Württemberg 25 (gegen 29 im V.).

Ohne Pension wurden verabschiedet bezw. sind ausgeschieden 164 Oberlieutenants und Lieutenants (gegen 152 im V.). Auf Preußen treffen hier 156 (gegen 143 im V.); auf Bayern 1 (ebenso im V.); auf Sachsen 3 (gegen 4 im V.); auf Württemberg 4 (ebenso im V.). Der Gesamtabgang an Offizieren beläuft sich somit im Jahre 1900 auf **808** gegen 700 im Vorjahre.

Aus den obigen Zahlen ergiebt sich, daß die Verabschiedungen in Bayern, Sachsen und Württemberg abgenommen, **in Preußen aber sich rapid vermehrt haben.** Und dies trotz der China-Expedition, durch die der aktiven Armee rund 550 Offiziere entnommen wurden.

Zum Schluß bringen wir noch eine Statistik, welche über die in den einzelnen Chargen stattgehabten Pensionierungen Aufschluß giebt. Bei dieser Gelegenheit wird es sich zeigen, daß das heutige Verabschiedungssystem namentlich unter den höheren Offizieren bedeutend mehr aufräumt als ein Krieg, also ein solcher für das Avancement gar kein Gewinn wäre.

Es wurden im Jahre 1900 pensioniert:

1 General der Infanterie,
25 Generallieutenants,
43 Generalmajore,
56 Oberste,
29 Oberstlieutenants,
148 Majore,
218 Hauptleute,
63 Oberlieutenants,
61 Lieutenants.

Somit erhielten in einem Jahre 69 Generäle und 238 Stabsoffiziere den Abschied. Auch der erbittertste Krieg könnte nicht so wüten.

Die Republik als monarchischer Geldschrank.

Die „New Yorker Staatszeitung" teilt mit:

„Europas gekrönte Häupter mögen uns gesinnungsgetreue Republikaner nicht leiden können, aber unsre Aktien kaufen sie gern. Daß wir aller Welt schulden, weiß man; daß „alle Welt" auch eine ganze Reihe von Majestäten und königlichen Hoheiten einschließt, wissen wohl nur wenige. Zum Beispiel hat Königin Victoria beträchtliche Kapitalien auf dieser Seite des Oceans angelegt. Oft, wenn ich auf dem Wege zur Staten Island-Fähre am Bowling Green-Gebäude vorüberschritt, habe ich, an dem riesigen „Wolkenkratzer" hinaufsehend, über die seltsame Verkettung der Umstände nachgedacht, die es bewirkt, daß der Norddeutsche Lloyd die Haushaltungskosten im Schlosse zu Windsor bezahlen hilft. Aber die Anlagen der Königin in New Yorker Grundeigentum sind noch weit ausgedehnter. Sie sollen sich insgesamt auf 6 0000 000 Dollar belaufen, und dazu kommen noch 2 bis 3 Millionen in amerikanischen Bahnwerten. Wir bezahlen der englischen Herrscherin jährlich an die 400 000 Dollar Zinsen. Sie ist notorisch eine gute Wirtin, und diese acht oder neun Millionen Dollar, die sie uns geliehen, sind das beste Kompliment, das sie unsrer Finanzkraft und Kreditfähigkeit hätte machen können.

Auch ihr Sohn, der Prinz von Wales, hält uns für gute Zahler. Er hat etwa 5 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten investiert, aber während seine Frau Mutter nur Grundeigentum und Eisenbahnwerte kauft, nennt er auch beträchtliche Posten von Industriepapieren sein Eigentum. American Steel u. Wire, Tenessee Coal u. Iron, American Sugar Refinery z. B. sind Werte, in denen er besonders interessiert ist. Der Herzog von York und andre Mitglieder des englichen Herrscherhauses zählen ebenfalls zu unsren Gläubigern.

Vom deutschen Kaiser läßt sich dasselbe sagen. Seine amerikanischen Anlagen bezifferten sich früher sogar auf 7 Millionen Dollar, doch sind es zur Zeit nur noch 8 Millionen Dollar. Aber auch so zahlen wir ihm noch jährlich 150 000 Dollar Zinsen, und zwar sind es namentlich Eisenbahnen wie Louisville und Nashville, Atchison, Topeka and Santa Fé, Union Pacific, Southern Pacific, Missouri Pacific und Illinois Central, die dazu beisteuern. Die deutsche Kaiserin hat uns 500 000 Dollar geliehen. Was sonst von Mitgliedern der Kaiserfamilie in unsren Staaten angelegt worden, soll sich insgesamt auf 4 000 000 Dollar belaufen.

Der Zar hält es vornehmlich mit Pennsylvania R. R., New York Central R. R., Northern Pacific, Canadian Pacific und New Jersey Central; er hat Aktien dieser Bahnen in Höhe von 6 000 000 Dollar in seinem Besitz, und sein Jahreseinkommen wird dadurch um volle 500 000 Dollar vermehrt. Die Ex-Kaiserin Eugenie hatte hier mal 10 000 000 Dollar investiert, und die königliche Familie von Spanien hat noch heute 2 000 000 Dollar in amerikanischen Werten. Die Regenten Belgiens, Dänemarks, Italiens und Griechenlands, selbst der Schah von Persien und der Sultan von der Türkei sind unsre Gläubiger. —

Ausland.

Bei dem Neujahrsempfang des diplomatischen Corps im Elysee hielt der Nuntius Lorenzelli eine Ansprache an den Präsidenten Loubet. Er gab den Wünschen des diplomatischen Corps für den Präsidenten und für Frankreich Ausdruck, gedachte sodann der glänzenden Kundgebung der Völker zu Paris, die das 19. Jahrhundert abgeschlossen, gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Bande der Brüderlichkeit unter den Völkern sich festigen und die Ideen der Gerechtigkeit, Eintracht und Nächstenliebe sich immer weiter über die ganze Welt hin ausbreiten mögen, und schloß mit folgenden Worten: „Dem Auge des Menschen ist es nicht gegeben, die Geschichte des neuen Jahrhunderts vorauszusehen und die künftige Bilanz desselben zu erraten. Angesichts dieser den Geist beunruhigenden Ungewißheit fühlen der philosophische und der religiöse Gedanke das Bedürfnis, sich im Vertrauen und Gebet zu Gott zu erheben, der das Schicksal der Völker in seinen Händen hält und den Wandel der Zeiten lenkt."

Präsident Loubet konstatierte in seiner Erwiderung zunächst die Verwirklichung der für den Erfolg der Weltausstellung von dem Nuntius vor einem Jahre geäußerten Wünsche, die der hingebenden Mitwirkung der Staaten, deren Vertreter den Nuntius heute umgäben, zuzuschreiben sei. Mit tiefen Gefühlen der Dankbarkeit gedenke er des herrlichen Schauspiels, dessen Stätte Paris gewesen zu sein stolz sei. Er hoffe, diese Kundgebung der Völker werde der Ausbreitung der führenden Ideen der Menschheit förderlich sein. Sei denn nicht schon das Einvernehmen, welches die Waffen und die Diplomatie der Völker fast des ganzen Erdballs gerade jetzt in Ostasien verbinde, ein Zeichen des Gefühls der Hingabe der Nationen an die höheren Interessen der Civilisation? Solche Zeugnisse der Solidarität gäben das Recht, von dem Jahrhundert, dessen Anbrechen wir begrüßen, die Wohlthaten zu erwarten, die die Worte des Nuntius uns von demselben erhoffen ließen.

Wenn die Menschheit ihren Glauben an den Fortschritt der Civilisation und den Sieg der Humanität auf das Einvernehmen der Mächte in Ostasien und deren dortige civilisatorische Thätigkeit bauen müßte, stünde es schlimm um sie. Diesen Hinweis hätte Loubet sich wirklich sparen sollen. —

Oestreich-Ungarn.

Staatsstreichgerüchte. Aus Wien wird berichtet: Großes Aufsehen macht eine politische Neujahrsüberraschung des „Neuen Wiener Journals". Das Blatt teilt mit, daß die Regierung für den Fall abermaliger Arbeitsunfähigkeit des Reichsrats einen Staatsstreich plant und beabsichtigt, mit dem Herrenhaus allein zu regieren. Die Herrenhaus-Mitglieder Geheimrat Baron Helfert, der berühmte Strafrechts-Lehrer Professor Lammasch und der Reichsrats-Abgeordnete Max Menger bestätigen mit ihrem vollen Namen im „Neuen Wiener Journal" die Richtigkeit dieser Mitteilung. Professor Lammasch sagt, daß sogar schon Vorverhandlungen mit dem Herrenhaus geführt würden, und in einer der ersten Herrenhaus-Sitzungen dieses Projekt diskutiert werden dürfte. —

Dänemark.

Vom Militarismus. Ueber eine merkwürdige Zusammenkunft von Offizieren und Mitgliedern der Linken berichtet unser Kopenhagener Bruderorgan. Der Zweck dieser geheimen Versammlung, die in einem abgelegenen Ort auf Fünen stattfand, war, dem Militarismus mehr Einfluß und Ansehen zu verschaffen und vor allem größere Geldbewilligungen seitens des Reichstags durchzusetzen. Alle Offiziere sprachen ihr Mißtrauen gegen das gegenwärtige Ministerium aus und erklärten, daß weder vom Kriegsminister Schnack noch vom Marineminister Middelboe etwas für die Landesverteidigung zu erwarten sei. Nur ein nationales Linken-Ministerium, das gleich unabhängig vom Radikalismus wie vom Socialismus sein müsse, könne die Frage der Landesverteidigung lösen.

Wie man sieht, handelt es sich hier um eine Art Verschwörung der Offiziere gegen ihre höchsten Vorgesetzten. Daß diese Sache an die Oeffentlichkeit gekommen ist, ist selbstverständlich ihnen ebenso unangenehm, wie den Herren Demokraten. —

England.

Englische Freundschaftsbeteurungen. „Daily Telegraph" kommt in seinen Neujahrsbetrachtungen über das Verhältnis zwischen England und Deutschland zu folgendem Ergebnis:

„Die nicht wegzuleugnende Thatsache, daß der industrielle Fortschritt Deutschlands nur gegenüber dem unsrigen an zweiter Stelle steht, zeigt, daß ein Bruch zwischen den beiden produktivsten Nationen, die sich hinsichtlich ihrer socialen Bedürfnisse und der ihnen drohenden auswärtigen Gefahren immer ähnlicher werden, das größte Unglück sein würde, welches Europa treffen könnte."

Der Standpunkt, daß die ökonomisch vorgeschrittensten Staaten, statt sich als Rivalen zu bekämpfen, in friedlichem Wettbewerb mit einander ringen sollten, ist ein ganz vernünftiger. Wir haben denn auch ganz von diesem Standpunkt aus die deutsche Flottenpolitik, die noch im Frühjahr des soeben erst verflossenen letzten Jahrs ihre Spitze gegen England richtete, mit aller Entschiedenheit bekämpft. Ebenso entschieden freilich legen wir dagegen Verwahrung ein, daß Deutschland um der englischen Freundschaft willen sich zum Hausknecht und Prellbock Englands gebrauchen läßt, eine Rolle, zu der die stets in Extremen sich bewegende Politik des allerneuesten Kurses Deutschland ausersehen zu haben scheint. —

Asien.

Von der afghanischen Grenze gelangen wieder einmal beunruhigende Nachrichten in die englische Presse. „Sunday Special" erfährt, daß 3000 Mann russischer Truppen von Batum nach der Grenze von Afghanistan gesandt worden seien, die die Vorhut einer 26 000 Mann und 7000 Pferde starken Truppenmacht bildeten, die zur Verstärkung der russischen Streitkräfte im östlichen Turkestan bestimmt seien. Wahrscheinlich werde Rußland die Truppensendungen damit motivieren, daß diese Truppensendungen durch die Entsendungen in Mittelasien stationierter Truppen nach China notwendig geworden seien. Es sei jedoch im indischen Kriegsamte bekannt, daß die russischen Besatzungen in Mittelasien gegenwärtig ihre normale Stärke überstiegen. Auch sei zu bemerken, daß der Emir von Afghanistan es unterlassen habe, einen Vertreter zur Begrüßung zu entsenden, als der Vicekönig von Indien, Lord Curzon, bei seiner jüngsten Rundreise durch Nordwestindien die afghanische Grenze berührt habe.

Der Emir von Afghanistan führte unlängst bittere Klage darüber, daß es England an der nötigen Stärkung seiner durch Rußlands unaufhörliches Vordringen gefährdeten Position fehlen lasse. —

Afrika.

Die Lage in Südafrika wird von der englischen Presse sehr pessimistisch beurteilt. Sie stellt fest, daß der Einfall der Boeren in die Kapkolonie einen fast allgemeinen Aufstand hervorgerufen hat. Vielfach giebt man dem Gedanken Ausdruck, daß England klug handelte, wenn es mit den Boeren in Friedensunterhandlungen eintrete.

Wenn Friedensangebote einen besseren Erfolg haben sollten, als die englischen Waffen, müßten sie freilich den Boeren sehr weitgehende Zugeständnisse machen.

Die englischen Versuche, die Boeren aus der Kapkolonie zu vertreiben, sind bisher völlig ergebnislos geblieben. Die Boeren, die die „Daily Mail" nach einer Meldung aus Kapstadt bereits auf 5000 Mann schätzt — die Schätzung, die die Tausende der zu den Boeren übergegangenen Kapholländer unberücksichtigt läßt, ist wohl viel zu niedrig — haben im Gegenteil noch Verstärkungen aus dem Freistaat erhalten. Während einzelne Kommandos das Land durchziehen und — so bei Standerton, Rosmead und Sherborne — Eisenbahnzüge abfangen und Bahnlinien zerstören, ist eine starke Abteilung weiter nach Süden vorgedrungen, wo sie Middelburg bereits hinter sich gelassen hat. Bei Rosmead, wo ein Zug zum Entgleisen gebracht wurde, wurden 60 Mann Kolonialtruppen gefangen genommen. Zwei weitere starke Boerenabteilungen befinden sich auf dem Marsche nach Southerland und Cradock. Daß die englischen Truppen all diesen Märschen Schwierigkeiten bereiteten, wird nicht gemeldet.

Daß England mit seinen Truppen augenscheinlich nichts gegen die Boeren auszurichten vermag, beweist folgende Meldung aus Kapstadt:

Die Regierung richtete in 27 Distrikten der Kapkolonie mit Einschluß von Kapstadt an die treugebliebenen Unterthanen einen Aufruf, in welchem dieselben aufgefordert werden, durch Bildung eines befoldeten Truppenkörpers bei der Zurückwerfung der in die Kolonie eingedrungenen Boeren mitzuwirken. In dem Aufruf wird weiter mitgeteilt, daß die Boeren südlich von Middelburg in die Kolonie eindrangen.

Es ist freilich kaum anzunehmen, daß England auf diesem Wege des Aufstands in der Kapkolonie Herr werden könnte.

Während Lord Kitchener dergestalt in der bösesten Klemme sitzt, ist Lord Roberts glücklich in England angekommen. Sein Empfang wird kaum allzu enthusiasmiert ausfallen.

Daß auch die Engländer Gefangene freilassen, ist die neueste Ueberraschung, die der an Ueberraschungen so reiche Feldzug bereitet. Nach einer Depesche Lord Kitcheners aus Pretoria vom 30. Dezember meldete General Knox, er folge De-Wet auf dem Fuße und habe einige Pferde und fünf Wagen mit Munition erbeutet. Knox habe 76 Mann, die gezwungen unter De-Wet mitgefochten hatten und in seine Hände geraten waren, freigelassen.

Diese englische Großmut, die von den früheren Gepflogenheiten so grell absticht, muß gerechtes Staunen hervorrufen. Gedenkt man jetzt die Boeren durch besondre Milde abtrünnig zu machen? Oder befindet sich in dem Telegramm ein Druckfehler, so daß es heißen müßte: De-Wet folgt Knox auf dem Fuße? Diese Lesart würde die Freilassung der Gefangenen entschieden erklärlicher erscheinen lassen. —

Australien.

Der australische Staatenbund hat nunmehr durch einen großen Festakt in Sydney seine Krönung gefunden. Auch Neuseeland, das sich dem Bunde einstweilen noch nicht angeschlossen hat, wird sich voraussichtlich in nicht allzu ferner Zeit dem Staatenbund anschließen. Zum ersten Generalgouverneur ist Graf Hopetown, der 1889—1895 Gouverneur von Pretoria war, mit 200 000 M. Gehalt ernannt worden. —

Das Schwindelgebäude.

Der Hypothekenklüngel besteht aus folgenden Firmen:

1. Preußische Hypotheken-Aktienbank. (21 Millionen Aktien. 272 Millionen Pfandbriefumlauf.)

2. Deutsche Grundschuldbank. (Aktienkapital: 10 Millionen. Obligationen: 94 Millionen. Diese beiden Institute bilden den Stock des Klüngels.)

3. Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. (Aktienkapital: 4 Millionen, davon aber nur 226 000 im Privatbesitz) (wo?), 2 Millionen im Besitz der Grundschuldbank, 1 784 000 bei der Hypothekenbank. Diese Gesellschaft, bei der Herr Ed. Schmidt der Regent und Herr Munckel im Aufsichtsrat war, hat die meisten Gelder der notleidenden Banken festgelegt und verschlungen. Sie besitzt die großen Terrains in Stettin und 71 Grundstücke in Berlin. Der Aufsichtsratsposten bei dieser Gesellschaft dürfte Herrn Munckel die materielle Grundlage seiner Existenz kosten.

4. Neue Berliner Baugesellschaft (Aktienkapital 1 Million, davon 772 000 im Besitz der Firma unter 3, der ganze Rest im Besitz von Otto Sanden, eines Verwandten des Kommerzienrats Ed. Sanden. Diese Gesellschaft ist seit Ende 1899 zu einer Reihe von schwindelhaften Scheingeschäften mit der Grundschuldbank vorgeschoben worden; insbesondere sind 9¾ Millionen Gefälligkeitshypotheken zu Gunsten der Grundschuldbank ausgestellt und von dieser zur Deckung ihrer umlaufenden Obligationen benutzt worden. Im Aufsichtsrat der Baugesellschaft sitzt auch Herr Haenschke, der mit Otto Sanden den Vorstand der unter 3 genannten Gesellschaften bildet.)

5. Grunderwerbs-Gesellschaft für Berlin und Vororte G. m. b. H. (400 000 M. Kapital, je zur Hälfte den verhafteten Direktoren Ed. Sanden und Puchmüller gehörig.)

6. Märkischer Immobilien-Verein (300 000 M. Kapital, dessen Eigentum der Firma unter 7 zusteht.)

7. Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz. (50 000 M. Kapital; 30 000 Otto Sanden, 20 000 Franz Tippel gehörig.)

Außer diesen Gesellschaften vermehren den Klüngel zwei „Konsortial-Konten" in den Büchern der Grundschuldbank. Hinter diesen Konten verbergen sich die persönlichen Eingriffe von Sanden in das Eigentum der Bank. Sanden will nicht sagen, wer etwa sonst noch mit hinter dem anonymen Konsortium steckt; aus einigen Buchungen geht aber hervor, daß Sanden sich aus diesem Conto 318 926,20 M. hat auszahlen lassen und an Baron Cohn 114 373,60 M. daraus gutgeschrieben sind.

Um die Verwirrungen heillos zu machen, kommt ferner der Generalkonsul Schmidt mit seiner Firma Anhalt u. Wagener, der die Hypothekenbank um etwa 15 Millionen erleichtert hat, und die gleichfalls bankrotte Firma Pezold u. Co., bei der 13½ Millionen hängen.

Alle diese Firmen, Konten und Gesellschaften bildeten einen großen Klüngel, unter denen Scheingeschäfte, leere Scheinbuchungen und Schiebungen nach jeweiligem Belieben der Herren Sanden und Ed. Schmidt vollzogen wurden.

Ed. Sanden war Direktor der beiden Banken, Aufsichtsrat bei der Firma 3, Geschäftsführer bei 5; Heinr. Schmidt ebenfalls Direktor der beiden Banken, Ed. Schmidt Vorsitzender des Aufsichtsrats beider Banken und der Firma 3, u. s. m. Diesen ganzen Klüngel handhabten die beiden Eduard, Schmidt und Sanden; sie sind offenbar die Hauptverantwortlichen und Regisseure des Schwindels, Ed. Schmidt wahrscheinlich der Voranstifter, der vielleicht als mildernden Umstand für sich in Anspruch nehmen wird, daß er zuerst durch Finanzbeziehungen zu vornehmen Kreisen in Verlegenheit gebracht worden sei.

Seit Ende 1896 mindestens ist die Bilanz der Hypothekenbank verschleiert und gefälscht worden. Dieser Schwindel wurde nötig, weil die Zinseingänge nicht mehr hinreichten zur Deckung der Zinsausgaben. Die von den Ablegergesellschaften erworbenen Grundstücke gaben keine Bareträge, auch die auf Ed. Schmidts Veranlassung bei Anhalt u. Wagner und Pezold festgelegten Millionen nicht. So mußten Fälschungen und Verschleierungen aushelfen, um den Bankrott zu vertuschen. Dazu ist direkter Betrug gekommen — vergl. oben unter 7 — besonders auch durch Ed. Schmidt. Die Fäden des Klüngels sind schließlich so verwirrt, daß noch Monate dazu gehören werden, alles aufzuhellen.

Als die Geldverlegenheiten groß wurden, sind Verpfändungen und andre Mittel angewandt worden, ohne daß man darüber Buchungen vornahm. So lagern Vermögensstücke in Leipzig und Breslau, ohne daß man sicher weiß, wofür sie haften und aus welchem Grunde. Die Firma G. von Pachalis Enkel in Breslau, deren Teilhaber Aufsichtsratsmitglied der Grundschuldbank war, pflegte in Breslau Pfandgelder vorzulegen, wenn die Bank dort Grundstücke belieh. Pachalis Enkel hat neuerdings darauf hin Hypothekeninstrumente in hohen Beträgen der Bank entnommen und schuldet der letzteren eine erhebliche Summe.

Die Buch- und Bilanzfälschungen stiegen natürlich von Jahr zu Jahr. Ende 1899 sind in der Bilanz die Gläubiger im laufenden Verkehr (also abgesehen von den Pfandbrief-Gläubigern) nur mit dem achten Teil ihrer wirklichen Forderungen angegeben. Endlich mußten auch die Hypothekenzahlen gefälscht werden. In der Ende Oktober v. J. gezogenen Bilanz war eine Ueberdeckung von 11 142 825,18 M. herausgerechnet. Thatsächlich überstiegen die Pfandbriefe um beinahe 2 Millionen die zu ihrer Deckung vorhandenen Hypotheken. Dabei hatten die Treuhänder noch am 22. Oktober erklärt, daß die Deckung ungefähr 3 Millionen höher sei, als der Pfandbrief-Umlauf. Das Gebäude des Schwindels stürzte zusammen, als in der zweiten Hälfte des Oktober große Pfandbriefbeträge aus der Erbmasse Cohn-Dessau auf den Markt kamen und die Hypothekenbank diese nicht „hereinnehmen" konnte. Die Angriffe der „Frankf. Ztg.", die seit August erfolgt sind, hatten der Bank anscheinend nichts vermocht. Erst als das Bargeld ausging, war die Puste weg.

Die Verantwortlichen.

Für die Gläubiger der Grundschuldbank kommen, wie wir schon darlegten, in erster Linie in Betracht: die Hypothekenbank, die 41 Millionen veruntreute gute Hypotheken wieder herausgeben muß, wenn nicht die bestellte Vertretung der Grundschuld-Obligationen sich mit einem ungünstigen Vergleich hineinlegen läßt;

die Erben des Baron Cohn und die übrigen Aufsichtsräte von jetzt und früher.

In dieser Hinsicht scheint eine **unverantwortliche Rücksicht genommen zu werden.** Die mobilen Vermögensstücke können bald verschleppt werden. Die schon bekannten Bilanzmängel und Fälschungen genügen weitaus, um eine nach vielen Millionen rechnende Haftbarkeit der Aufsichtsräte zu konstruieren. Es ist nicht die geringste Zeit zu verlieren, um die haftbaren Vermögen zu sichern, was sofort mit den Schritten gegen die Direktoren auch gegen die Aufsichtsräte hätte geschehen sollen.

„Verhandlungen" mit den Erben des Baron Cohn wurden am Sonnabend bestritten; unter der Hand erhält sich aber das Gerücht, daß die Erben sich abzufinden wünschen. Weil die Aufsichtsräte für einander einstehen müssen, würde die von den Erben des Baron Cohn zu beanspruchende Summe zu einer ungeheueren Höhe steigen können. Schon aus diesem Grunde **wäre ein Arrest auf das ganze Cohnsche Vermögen durchzusetzen.** Die bestellten Vertretungen versprechen in dieser Hinsicht „Energie", rühmen sich derselben sogar, und Herr Justizrat Kempner versicherte mit der ihm eignen Fähigkeit zur überzeugenden Nachdrücklichkeit, daß das Cohnsche Vermögen gefaßt werden solle, wo und wie es zu fassen sei. Geschehen ist aber noch nichts, wie denn überhaupt die energischen Maßregeln in diesen Vorgängen etwas reichlich viel Zeit beanspruchen; Worte haben keinerlei Wert für die Geprellten.

Der Plan der Deutschen Bank.

Als die Deutsche Bank mit ihren hohen Verbündeten sich der Sache bemächtigte, weigerte sich ihre „Treuhandgesellschaft", die Vertretung auch der Grundschuldbank-Interessenten zu übernehmen; nur für die Hypothekenbank-Pfandbriefe wurde eine Schutzvereinigung gegründet; die Vertretung der Grundschuld-Interessen wurde mit der Begründung abgelehnt, daß sie mit den Hypothekenbank-Interessen in Streit geraten dürfte.

Wie sehr sich dieser Konflikt inzwischen verwirklicht hat, haben wir gezeigt.

Die Gruppe der Deutschen Bank hatte sich bereit erklärt „vorschußweise" die Januar fälligen Zinsen für die Hypothekenbank zu zahlen, nicht aber für die Grundschuldbank. Offenbar wollte man diese zuerst dem Konkurs überlassen. Auffällig erscheint es, daß im letzten Augenblick zu der Vertretung der Obligationen am Sonnabend etwa 40 Millionen angemeldet sind und so eine beschlußfähige 3/4-Vertretung zu stande gekommen ist. Wie vollständig Herr Justizrat Kempner, der in einer früheren Versammlung Vertrauensmann der Deutschen Bank war, die Versammelten am Sonnabend leitete, haben wir erwähnt. Da die „Deutsche Bank" außerdem die Mehrheit der angemeldeten Obligationen vertrat, so hat sie thatsächlich die Leitung der Grundschuldbank in ihre Hand genommen, mit der früher ihre Treuhandgesellschaft nichts zu thun haben wollte, weil es doch nicht passend und wohlgethan sei, zwei Parteien zu vertreten.

Die Bank vertritt diese nun so, daß sie von der Grundschuldbank die Liquidation verlangt.

Wenn alle Rechtsansprüche ausgetragen werden, ist aber die Hypothekenbank viel bankrotter als die Grundschuldbank. Ausschlaggebend ist für die Deutsche Bank-Gruppe offenbar, daß die Hypothekenbank das größere Objekt ist. Das giebt aber kein Recht, die kleinere Grundschuldbank und deren Gläubiger zu Gunsten der Hypothekenbank einzuspannen. Wie dem aber auch sei — die Versammelten am Sonnabend haben ihre Interessen einer Gruppe anvertraut, die früher zugestanden hat, daß sie selber die von ihr vertretenen Hypothekenbanken-Interessen als entgegengesetzte ansieht. Nur die allergrößten Kälber usw.

Der Plan geht offenbar dahin: die Grundschuldbank soll liquidieren; wegen der 41 Millionen wird ein Vergleich abgeschlossen; die Grundschuld-Obligationen erhalten 70 Prozent ihrer Minimalforderungen, oder vielmehr in entsprechendem Betrage neue Pfandbriefe der Hypothekenbank; die schlechten Hypotheken werden abgestoßen, die übrigen auf die Hypothekenbank übernommen; allen Pfandbriefinhabern wird eine Zinsherabsetzung oder Zusammenlegung zugemutet; die Aktionäre der Grundschuldbank erhalten auch eine „bescheidene Quote", etwa auf drei Aktien eine Aktie der Hypothekenbank. Auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage wird die letztere rekonstruiert.

Diese Richtung des Plans konnte man schon erkennen, als vor ein paar Wochen die Aktien der Banken stiegen, während die Pfandbriefe kein Mensch wollte.

Der Plan mag einer geschäftlichen Betrachtung sehr zusagen; aber er wird **rechtlich auf Kosten der Grundschuld-Obligationen** vollzogen, die zu vertreten die Deutsche Bank sich anheischig gemacht hat. Gerade die Grundschuld-Obligationen sind aber in den letzten Jahren gegen die berüchtigten 2 Prozent Extra-Kommission in der Provinz kleineren Leuten aufgehalst; in kleineren Städten sind Beträge von einer halben Million untergebracht.

Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, daß die rechtliche Seite der Sachlage die ist: daß trotz der Beschlüsse am Sonnabend der **Konkurs der Grundschuldbank** nicht zu vermeiden scheint. Herr Georg Bernhard weist in der „Berl. Zeitung" mit Recht darauf hin, daß ein Liquidationsbeschluß in der Aktionärversammlung nicht zu stande gekommen und also die Voraussetzung nicht erfüllt ist, von der die Obligationärversammlung die Stundung der Zinsen abhängig gemacht hat. Nach den Bestimmungen des Handelsgesetzes muß deshalb der Konkurs eintreten.

Sociales.

Betriebseinschränkung und Preiserhöhung. Der „Kölnischen Volkszeitung" zufolge haben die Webereien Rheinlands und Westfalens die Bildung eines Verbands Westdeutscher Leinen-, Halbleinen- und Gebild-Webereien, sowie gleichzeitig zur Durchführung einer notwendigen Preiserhöhung eine allgemeine Betriebseinschränkung beschlossen.

Das bedeutet also für die Arbeiter eine Lohnkürzung und gleichzeitig eine Preissteigerung notwendiger Bedarfsartikel.

Allgemeiner deutscher Städtebund. Eine Konferenz von Vertretern der deutschen Großstädte ist zu Anfang Februar nach Eisenach einberufen worden, um über die Gründung eines allgemeinen deutschen Städtebundes zu beraten.

Kinderschutz in Frankreich. Die Ueberbürdung jugendlicher Arbeiter bis zum Alter von 18 Jahren durch Trag- und Fahrlasten ist in Frankreich bereits seit einer Reihe von Jahren verboten. Danach dürfen Knaben im Alter von unter 14 Jahren innerhalb der Betriebe (Werkstätten, Fabriken, Magazine 2c.) sowohl, als auch auf öffentlichen Wegen nicht mehr als 10 Kilogramm tragen, auf drei oder vierrädrigen Wagen dürfen sie nicht mehr als 35 Kilo transportieren; Knaben von 14—18 Jahren dürfen 15 bezw. per Wagen 60 Kilo transportieren; für Mädchen unter 16 Jahren sind festgesetzt 5 Kilo bezw. 35 Kilo, für solche von 16 bis 18 Jahren 10 Kilo bezw. 50 Kilo. Diese Verordnung hat aber bisher nur auf dem Papier gestanden. Die Polizei, Gendarmen, Feld- und Waldhüter, die dazu verpflichtet waren, Uebertretungen zur Anzeige zu bringen, haben solche Anzeigen fast nie erstattet. Die Cirkulare, welche die Vorgänger Millerands zu wiederholten Malen an die Präfekten erließen, änderten an diesem Zustande gar nichts. Dem Publikum, das sich vielfach über die Ueberbürdung jugendlicher Personen entrüstete und Anzeige verlangte, antworteten die Polizeileute, daß sie das nicht kümmere, oder daß sie kein Mittel besäßen, um die Ueberlastung auch wirklich feststellen zu können. Ein Kinderschutzverein, von einigen Socialisten zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, solche Uebertretungen der gesetzlichen Sühne entgegen zu führen, hatte ebenfalls nur geringe Resultate aufzuweisen, es fehlte immer an einem leicht zugänglichen Mittel, die Gewichte der Lasten festzustellen.

Dem ist nun durch ein neues Dekret Millerands abgeholfen werden. Er hat durch die Aichämter leicht zu handhabende Wagen herstellen lassen, die auch für Wagen, Karren usw. zugänglich sind und an allen Orten aufgestellt werden sollen. Die Polizei-Agenten werden mit dem Gebrauch derselben vertraut gemacht und zur Anzeige von Uebertretungen verpflichtet. Vom Publikum auf Fälle von Ueberlastung jugendlicher Arbeiter aufmerksam gemacht, haben sie für Feststellung und Aufnahme eines Protokolls Sorge zu tragen.

Arbeitslosigkeit in Budapest. In der Hauptstadt Ungarns hat die Arbeitslosigkeit einen außerordentlichen Umfang angenommen. Infolgessen hat eine kurz vor Weihnachten abgehaltene Versammlung von Arbeitslosen eine Resolution an die städtischen Behörden beschlossen, worin um sofortige Ausführung öffentlicher Arbeiten und darum ersucht wird, die Arbeiten in städtischer Regie auszuführen oder sie an Arbeitergenossenschaften zu übertragen.

Im Auftrag der Versammlung war ein Komitee beim Bürgermeister der Hauptstadt, um ihm die Resolution zu übergeben und zu empfehlen. Der Bürgermeister erklärte der Deputation, daß er thun wolle, was in seiner Macht stehe.

Die Hauptstadt hat größere Beträge für das Jahr 1901 in Anschlag gebracht zu Zwecken der öffentlichen Arbeiten, aber diese können sofort nicht ausgeführt werden, weil die Pläne noch nicht vollständig angefertigt sind und auch die Witterung keine geeignete ist. Er wird aber dringend veranlassen, daß wenigstens die Vorarbeiten begonnen werden. Auch werden, bis man den Arbeitern Arbeit geben können wird, als provisorische Hilfe 10 000 Stück Ausweisungskarten in die Volksküche an die Arbeitslosen ausgeteilt. Weiter erklärte er, daß die vaterländische Sparkasse 1700 Kronen zu seinen Händen gelangen ließ zur Verteilung an die Arbeitslosen.

Auf Ansuchen erklärte der Bürgermeister sich bereit, die 1700 Kronen den Budapester Arbeiter-Fachorganisationen bezw. dem über dieselben die Aufsicht ausübenden Gewerkschaftsrat zu übergeben, weil dieser am besten weiß, welche Arbeitslosen in erster Reihe auf Hilfe angewiesen sind.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Arbeiter in der Münze. Seit Januar des letzten Jahrs werden in der Hamburger Münze Frauen beschäftigt. Frauenarbeit ist ja billiger als Männerarbeit. Bei zehnstündiger Arbeitszeit erhielten die Arbeiterinnen zunächst einen Lohn von 2,50 M. pro Tag. Um die Maschinen besser auszunützen, wurde später Schichtarbeit eingeführt, und zwei Schichten von Arbeiterinnen wurden eingestellt. Die eine schaffte von morgens 5½ Uhr bis mittags 1 Uhr, die andre von mittags 1 Uhr bis abends 8½ Uhr. In der Folge wurde den Arbeiterinnen der Lohn auf 2 M. gekürzt und sie mußten sich schriftlich damit einverstanden erklären. Zur Zeit arbeiten in der Hamburger Münze 21 Frauen, wovon 16 zu einem Tagelohn von 2 M. Staatsbetriebe sind aber trotz allem Musterbetriebe.

Versammlungen.

Die Putzer hielten am Sonntag in den Arminhallen eine außerordentliche, stark besuchte Versammlung ab, in der zunächst nochmals über die am Dombau vorgekommenen Differenzen verhandelt wurde. Aus der Debatte war zu entnehmen, daß den am Dom beschäftigten Putzern vom Bauführer des Geschäfts eine Lohnreduzierung in Aussicht gestellt worden ist, falls die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Infolgedessen haben drei von den in Betracht kommenden Putzern die Arbeit eingestellt; die beabsichtigte Lohnreduzierung wurde dann jedoch nicht vorgenommen. Wie bereits in einer früheren Versammlung, so wurde auch diesmal wieder von fast allen Rednern betont, daß diejenigen Putzer, welche die Arbeit einstellten, völlig korrekt handelten, daß aber auch denjenigen, die weiter arbeiteten, nach Lage der Sache kein Vorwurf gemacht werden könne. Nach längerer Diskussion wurde schließlich folgende Resolution beschlossen: „Die Mitgliederversammlung erklärt: Die Verhandlungen haben ergeben, daß principielle Verstöße auf beiden Seiten nicht vorgekommen sind und daß die vorhandenen Streitigkeiten auf persönliche falsche Auffassungen und des Berichterstatters beruhen."

Bezüglich des Streikfonds gelangte folgende, von der Verwaltung in Vorschlag gebrachte Resolution nach kurzer Diskussion zur Annahme:

1. Die Zahlung der Streikfonds-Beiträge wird vorläufig bis Ende Januar ausgesetzt. Die Höhe der Beiträge und der Zeitpunkt, von wann an mit dem Zahlen der Streikfonds-Beiträge wieder begonnen werden soll, bleibt einer späteren Versammlung vorbehalten.

2. Vom 7. Januar ab werden die alten Streikfonds-Karten mit dem Schlußstempel versehen und neue Karten ausgegeben. Die Baudeputierten und die Obmänner der Bezirke machen es den Versammelten zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß von diesem Zeitpunkt ab jeder Kollege im Besitz einer Streikfonds-Karte ist.

3. Die Arbeitslosenmeldung hat auch während der Zeit, in der die Streikfonds-Beiträge nicht gezahlt werden, regelmäßig jede Woche an den bestimmten Tagen zu erfolgen.

Der Vorsitzende machte sodann darauf aufmerksam, daß in der Januar-Versammlung die Neuwahl der örtlichen Verwaltung und die Wahl der Delegierten zum Verbandstag stattfindet und nur diejenigen Mitglieder stimmberechtigt sind, die mit ihren Verbandsbeiträgen nicht im Rückstand sind. Ferner sei es sehr wünschenswert, daß die nächstens stattfindenden Bezirksversammlungen über die event. zu stellenden Anträge zum Verbandstag diskutieren.

Die Steinsetzer Berlins und Umgegend hielten am 30. Dezember im Rümannschen Lokal eine vom Gesellenausschuß einberufene Versammlung ab. In einer früheren Versammlung hatte der Gesellenausschuß den Auftrag erhalten, sich mit den Mitgliedern der Berliner Steinsetzerinnung einzeln in Verbindung zu setzen behufs Regelung der Lohnfrage, da der Vorstand der Innung bis jetzt noch nicht einmal einen Termin für etwaige Verhandlungen angesetzt hatte. Der Gesellenausschuß konnte als Resultat seiner Bemühungen mitteilen, daß die Firmen: Straßenbau-Gesellschaft Zoeller, Wolffers, Dröge, G. Kübler und A. Diederich den Lohntarif definitiv bewilligt haben. Die Firma Wickel-Rixdorf will denselben ab 1. April 1901 bewilligen, was die Versammlung jedoch ablehnte. Sodann lag ein von 13 Berliner Firmen, darunter die größten am Platze, unterzeichnetes Schreiben vor, in welchem dieselben erklärten, den im Tarif geforderten Lohnsatz von 75 Pfennig pro Stunde zahlen zu wollen, jedoch solle der Tarif nur bis 1. April 1902 gelten, nicht, wie seitens der Steinsetzer beantragt war, bis 1903. Daß diese Firmen auch alle übrigen Bedingungen des Lohntarifs anerkennen, ist von dem Beauftragten derselben mündlich erklärt worden. Der Gesellenausschuß wurde beauftragt, sich nochmals mit diesen Firmen in Verbindung zu setzen, um die Sache endgültig zu regeln. An der Bestimmung über die Dauer soll die Vereinbarung nicht scheitern. Den übrigen Firmen, welche sich bis jetzt noch nicht erklärt haben, ist eine letzte Frist bis zum 5. Januar gestellt worden. Charakteristisch an dem Bericht des Gesellenausschusses ist noch, daß die Innung bereits am 30. Oktober den Beschluß gefaßt hat, die Regelung der Lohnfrage jedem Betrieb selber zu überlassen, wovon jedoch der Innungsvorstand dem Gesellenausschuß keine Mitteilung gemacht hat. Weiter ist dem Gesellenausschuß von einem der Beteiligten mitgeteilt worden, daß sich der Vorsitzende der Innung die denkbar größte Mühe gegeben hat, die oben angeführten 13 Firmen von einer Einigung in der Lohnfrage abzuhalten. Als sich die Beteiligten das erstemal zu diesem Zweck zusammengefunden hatten, ist es dem Herrn thatsächlich gelungen, eine Einigung zu hintertreiben. Derselbe hat erklärt, daß er den Lohntarif jetzt noch nicht anerkenne. Den noch immer streikenden Halleschen Steinsetzern wurden aus dem lokalen Streikfonds 500 Mark Unterstützung überwiesen. Ein Kollege brachte die Maßregelung der Magdeburger Eisenbahnarbeiter zur Sprache und beantragte, „als Protest gegen das System Thielen" dem Eisenbahnerverbande die Summe von 100 M. zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen, welchem Antrage ebenfalls stattgegeben wurde.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein hielt am 25. Dezember eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Theodor Metzner über das Thema: „Friede auf Erden" referierte. Eine Diskussion folgte dem interessanten Vortrag nicht. Unter Vereinsangelegenheiten wurde seitens des Vorsitzenden der Antrag gestellt, eine Kommission von 5 Mitgliedern behufs Statutenänderung zu wählen. Demgemäß wurde beschlossen und Weiße, Voß, Liebe, Haupt und Swenn einstimmig in die Kommission gewählt.

China.

Enhai geköpft.

Aus Peking wird gemeldet: „Enhai, der Mörder des Freiherrn v. Ketteler, wurde am 31. Dezember in Gegenwart der Generale Lessel und Trotha, sowie vieler Offiziere in der Ketteler Straße auf der Stelle, wo der Mord geschehen war, enthauptet. Der Verurteilte wurde 20 Minuten vorher auf einem chinesischen Gefängniskarren, in Eisen gefesselt, auf den Richtplatz gebracht. Dort wurden ihm die Fußfesseln, aber nicht die Handschellen gelöst, man ließ ihn zurücktreten und nach chinesischer Gerichtsgewohnheit niederknien. Enhai zeigte keine Furcht, schaute öfters rund umher und lächelte einige Male höhnisch. Plötzlich sagte er einige Worte zu dem Publikum, das vor ihm kaum drei Schritte entfernt stand. „Was hat er gesagt?" fragte ein Offizier seinen des Chinesischen mächtigen Nachbar, welcher (wie ich hinterher erfuhr) zur Umgebung Sir Robert Harts gehörte. „Enhai hat gesagt: „Ich bin bestochen." Wenige Minuten später lachte der Mörder in gezwungener Weise laut auf und blieb dann eine Weile ruhig. Plötzlich sagte er wieder einige Worte, welche, wie folgt, übersetzt wurden: „So schaut, wie mein Herz ruhig ist!" Pünktlich um 3 Uhr erschien General v. Lessel auf dem Platze, das Urteil wurde in chinesischer Sprache verlesen, der Mörder wurde den chinesischen Beamten übergeben und sogleich trennte der Scharfrichter mit seinem, einem Brotmesser ähnlichen Richtschwerte durch einen Hieb das Haupt vom Körper. Der Kopf wurde in eine in der Nähe bereitstehende Kiste, der Körper in einen Sarg gelegt und hinweggefahren."

Bekanntlich hat das kriegsgerichtliche Verfahren die **Unschuld Enhais** insofern festgestellt, als der „Mörder" als Soldat nur den Befehl seiner Vorgesetzten ausgeführt hatte. Man hatte infolgedessen auch allgemein angenommen, daß man Enhai nicht als Mörder exekutieren werde. Nun ist dem Werkzeug seiner Vorgesetzten trotzdem mit einem brotmesserartigen Schwert der Kopf abgesäbelt worden. Was kam es auch auf ein Opfer mehr oder weniger an? Eine Begnadigung Enhais würde sich in dem Hunnenkriege doch nur als Stilwidrigkeit ausgenommen haben.

Die oben wiedergegebene Meldung sucht die Exekution des Unschuldigen dadurch zu rechtfertigen, daß sie demselben mit den Worten „Ich bin bestochen" eine Art von Geständnis in den Mund legt. Es ist tausend gegen eins zu wetten, daß dieser Bericht schwindelt, wie nach dem Zeugnis des militärischen Kriegskorrespondenten der „Frankf. Ztg." die Herren Korrespondenten zur Beschönigung verübter Hunnenthaten öfter allerlei zusammenzuschwindeln pflegen.

Die Annahme der Note.

Die Londoner Blätter melden aus Peking vom 31. Dezember: Die gestern von den chinesischen Bevollmächtigten den fremden Gesandten unterbreitete Note, in welcher die vorläufigen Forderungen der Mächte angenommen werden, hat folgenden Wortlaut: „Tsching und Li-Hung-Tschang nehmen im Namen Chinas die diesem auferlegten Bedingungen an und bitten um eine Zusammenkunft."

Daß diese Annahme nichts als eine die eigentlichen Friedensverhandlungen einleitende Formalität bedeutet, haben wir schon des öfteren dargelegt.

Krieg im Frieden.

Feldmarschall Graf v. Waldersee meldet aus Peking am 31. Dezember:

Kolonne Grüber ist am 29. auf Yangstun zurückgekehrt. Kolonne Madai ist auf Meldung, daß bei Mi-yün noch chinesische Truppen, von Tungtschau nach Norden abgebogen.

Zwei weitere Marine-Infanterie-Compagnien sind gestern über Tungtschau nachgesandt.

Nach der „Agence Havas" sind aus der Umgegend von Peking und von der Eisenbahnlinie Peking—Paotingfu Ansammlungen von Boxern gemeldet: um Ueberraschungen zu vermeiden, sind die Posten verdoppelt worden. Oberst Guillot mit 500 Mann wird bei Schingtingfu von mehreren tausend Mann regulärer Truppen bedroht. General Bailloud ist zu seinem Entsatz aufgebrochen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Darmstadt, 2. Januar. (W. T. B.) Die großherzoglich hessische Regierung hat dem Vernehmen nach heute 15 Millionen Mark 3½prozentige Staatsanleihe an ein Konsortium, bestehend aus der Dresdener Bank-Berlin, der Deutschen Effekten- und Wechselbank und dem Bankhaus L. und E. Wertheimber-Frankfurt a. M. begeben.

Wien, 2. Januar. (W. T. B.) Die Arbeiter der ersten östreichischen Jutespinnerei und Weberei in Florisdorf bei Wien haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Graz, 2. Januar. (W. H.) Ein aus Budapest kommender Personenzug stieß auf dem hiesigen Südbahnhof auf einen Güterzug. Mehrere Waggons des Güterzugs wurden zertrümmert und ein Kondukteur verwundet.

Brüx, 2. Januar. (W. T. B.) Behufs Durchsetzung der Forderung der **Achtstundenschicht** haben die Belegschaften in den Schächten des Brüxer, Duxer und Oberleutensdorfer Revier heute die **Arbeit** vorzeitig teilweise oder ganz **eingestellt.** Ueber einzelne Schachtarbeiter wurden deshalb Disciplinarstrafen verhängt. **Ein Arbeiter** wurde angeblich wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit **verhaftet** und in das Kreisgericht eingeliefert.

London, 2. Januar. (W. T. B.) Nach einer bei Lloyds eingegangenen Meldung ist der englische Dampfer „Johdeum", von Hamburg nach Wilmington unterwegs, bei Neufundland gescheitert und befindet sich in bedenklicher Lage. Die Mannschaft ist gerettet. Der englische Dampfer „Tanagra" von Savannah nach Bremen bestimmt, traf in Falmouth mit brennender Ladung, welche aus Baumwolle besteht, ein.

Coventry (Warwick), 2. Januar. (W. T. B.) Die **Ueberschwemmungen,** welche in ganz **West-England** große Verheerungen angerichtet haben, haben auch hier große Verwüstungen hervorgerufen. Der Schaden wird auf etwa 50 000 Pfd. Sterling berechnet. Auch aus den mittelenglischen Grafschaften werden von allen Seiten ausgedehnte Flutverheerungen gemeldet. In der Nähe von Wellington (Salop) platzte ein Wasserreservoir. Die Wassermassen setzten die Stadt Oakengates unter Wasser, die Eisenwerke mußten den Betrieb einstellen und die Bewohner der Stadt durch die Fenster der Häuser fortgeschafft werden. Das Thal des Ren-Flusses ist auf 50 Meilen ganz unter Wasser gesetzt. Gutshöfe und Dörfer zu beiden Seiten des Flusses sind vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Midland-Eisenbahn steht auf der Strecke von Nottingham bis Lincoln ebenfalls unter Wasser.

Kapstadt, 2. Dezember. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Eine Boerenabteilung ist in Glen Harry, einer Station an der Eisenbahn unmittelbar im Norden von Graaf Reinet, erschienen.

Verantwortl. Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 2. 18. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 3. Januar 1901.

Partei-Nachrichten.

Jubiläen. Zwei Parteiblätter können wieder mit Stolz auf das erste Jahrzehnt ihres Bestehens zurückblicken: die „Brandenburger Zeitung" und die „Volksstimme" in Chemnitz. Die „Brandenburger Zeitung" giebt zur Feier ihres Jubiläums eine hübsch ausgestattete Festnummer auf gutem Papier heraus, die der Schilderung der Parteigeschichte in Brandenburg und Umgegend und der Geschichte des Blatts gewidmet ist. Das Blatt entstand aus der Verschmelzung zweier kleinerer Blätter, die in Brandenburg und Rathenow ein mühevolles Dasein führten. Nach der Verschmelzung ging es dann wesentlich besser und heute, nach zehn Jahren, erfreut sich das Blatt eines ausgedehnten Abonnentenkreises und eines bedeutenden Einflusses im öffentlichen Leben Brandenburgs. Das Strafregister dieser 10 Jahr umfaßt 20 Monate und 20 Tage Gefängnis, 15 Wochen und 5 Tage Haft und 5317 M. Geldstrafe.

Die „Volksstimme", die ihr Jubiläum gleichfalls mit entsprechenden Betrachtungen und Mitteilungen aus ihrer Entwicklungsgeschichte feiert, erschien früher in Burgstädt, seit Mitte 1899 in Chemnitz. Auch sie hat in den 10 Jahren ihres Bestehens ihren Leserkreis und damit ihre Leistungsfähigkeit und ihren Einfluß wesentlich gehoben und erweitert und kann gleichfalls mit Befriedigung auf ihre bisherige Thätigkeit zurückblicken. Vom Staatsanwalt wurde sie noch härter angefaßt wie das Brandenburger Blatt: ihre Redacteure hatten zusammen 5 Jahre 10 Monate und 3 Wochen im Gefängnis zuzubringen und 1186 M. Geldstrafe zu bezahlen.

Beide Blätter erscheinen jetzt täglich. Wir wünschen ihnen zu ihrem Jubiläum herzlich Glück.

Eine Erinnerung. In alten Zeitungen blätternd, finden wir im „Neuen Socialdemokrat" Nummer 75 vom Jahre 1878 folgende Notiz:

Denunciation des „N. S.-D." gegen den Landrat des Kreises Neurode, Herrn Grafen E. Pfeil.

Arbeiterversammlungen betreffend.

Bezugnehmend auf die in letzter Zeit stattgehabten Arbeiterversammlungen, ersuche ich ergebenst sämtliche Herren Arbeitgeber, mir von denjenigen Arbeitern, welche wegen Beanspruchung höheren Arbeitslohns oder verminderter Arbeitszeit aus der Arbeit entlassen wurden oder die letztere einstellten, die genauen Tauf- und Familiennamen sowie deren Wohnort zu nennen, weil ich die betreffenden Namen jedesmal im Kreisblatt zu publizieren beabsichtige.

Neurode, den 8. Mai 1878. E. Graf Pfeil.

Auch damals stand bereits das heutige Koalitionsrecht der Arbeiter auf dem Papier der deutschen Reichsgesetze. Wieviel deutsche Arbeiter der Herr Landrat Graf Pfeil damals zur Strafe für die Ausübung eines gesetzlich garantierten Rechts der Aechtung und dem Hunger überliefert hat, wissen wir nicht; das aber wissen wir, daß seine Handlungsweise der deutschen Arbeiterbewegung keinen Abbruch zu thun vermochte und daß die Arbeiter heut weniger denn je gewillt sind, sich ihr bißchen Koalitionsrecht nehmen zu lassen und daß sie erst recht nicht auf den Kampf für bessere Lebensbedingungen verzichten werden — so wenig, wie sie sich durch den Herrn Landrat damals von diesem Kampfe abhalten ließen.

Die Socialdemokratie in den Landesparlamenten. Zu unsrer letzten Aufstellung über die Stärke unsrer Vertretung in den Einzelparlamenten kommt nun noch ein vierter im lippischen Landtage; außerdem ist noch nachzutragen ein socialdemokratischer Abgeordneter im koburgischen Sonderlandtage, so daß der koburg-gothaische Gesammtlandtag 10 socialdemokratische Abgeordnete zählt. Die Gesamtzahl unsrer Abgeordneten in den 15 Parlamenten erhöht sich damit auf 78.

Ein neues Jahrhundert! Ein Flugblatt mit diesem Titel, eine Art socialdemokratischer Neujahrsgruß, verbreiteten die Genossen Münchens am vergangenen Sonntag in einer Auflage von 200 000 in der Stadt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Zeitz erhielten die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten der Arbeiter 665 bis 670 Stimmen. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Die Arbeitgeber wurden mit 12 Stimmen gewählt.

St. Ingbert. Endlich ist es gelungen, die **Glasarbeiter** des Saargebiets zusammen zu bringen und sind bereits ca. 200 aus den Glashütten von St. Ingbert, Schnappach, Sulzbach, Friedrichsthal, Quierschied und Luisenthal dem Verband beigetreten. Wenn der fiskalische Druck auf die Bergleute nicht bestände, würde es da auch anders aussehen.

Ausland.

Der Krakauer Aerztestreik ist vertagt worden. Der Landmarschall Graf Badeni hat die Aerzte und auch den Direktor des Allgemeinen Krankenhauses empfangen. Badeni sagte die Anstellung noch einer Anzahl Aerzte zu und versprach die sonstigen Wünsche der Aerzte im Landesausschuß zu vertreten. Die Aerzte erklärten sich für vorläufig befriedigt. Falls ihre Forderungen vom Landesausschuß nicht berücksichtigt werden, soll der Streik ohne weitere Ankündigung acht Tage nach Schluß der Session begonnen werden.

Vom Antwerpener Hafenarbeiterstreik ist wenig Neues zu berichten. Bürgerliche Blätter behaupten, daß 700 Arbeitswillige vorhanden seien, sowie, daß englische Arbeiter zu erwarten wären. Die Ausständigen verhalten sich ruhig. Wie der Brüsseler „Peuple" berichtet, ist gegen den Unternehmerverband eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, weil er die Freiheit der Arbeit verletzt hat, indem er seine Mitglieder gegen Hinterlegung von Wechseln in der Höhe von 10 000 Frank verpflichtete, die Arbeiter auszusperren.

Kommunales.

Die Wohnungsnot. Der städtische Ausschuß zur Vorberatung des Antrags des Stadtv. Singer und Genossen betreffend die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mißstände lehnte am Mittwochabend diesen Antrag in erster Lesung ab und nahm dann die Magistratsvorlage, betreffend die Errichtung einer königlichen Friedrich-Stiftung zur Jubelfeier des 200jährigen Bestehens des Königreichs Preußen in Höhe von einer Million Mark mit folgendem Zusatzantrage des Vorsitzenden Stadtv. Mommsen mit großer Mehrheit an: „Die Stiftung hat den Zweck, unbemittelten Einwohnern der Stadt Berlin bei der Erlangung billiger und gesunder Wohnungen behilflich zu sein. Sie kann insbesondere Unternehmungen, die den Bau von kleinen, billigen und gesunden Wohnungen für die Bevölkerung der Stadt Berlin in gemeinnütziger Weise fördern wollen, in geeigneter Form Beihilfe zur Erreichung dieses Zwecks leisten. Sie kann ferner ihre disponiblen Mittel dafür verwenden, um minderbemittelte Bewohner der Stadt Berlin vor Wohnungslosigkeit zu schützen."

Zu wirklich entscheidenden Reformen können sich die Herren in der freisinnigen Verwaltung der Stadt Berlin nicht entschließen, der einzige Ausweg ist für sie ein bischen Wohlthätigkeitsmache, wenn das Uebel allzu kraß sich bemerkbar macht. Das ist keine Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wuchers, der heute mit dem Mietspreis getrieben wird, sondern ein stilles Gewährenlassen der Praktiken der Hausbesitzer.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 3. Januar 1901, nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Wahl des Vorstehers und des Vorsteher-Stellvertreters, sowie von 3 Beisitzern und 3 Stellvertretern derselben; Beschlußfassung über zu wählende ständige Ausschüsse. Vorlagen, betreffend: Festsetzungen hinsichtlich der bei den städtischen Betriebs-Verwaltungen beschäftigten Beamten und eine anderweite Regelung der Anstellungsverhältnisse der Zeichenlehrerinnen an den städtischen höheren Mädchenschulen. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Verpachtung des größten Teils des öffentlichen sogen. Marktplatzes in der Prinzen-Allee zu einem Kohlenplatz. — Die Festsetzung einer neuen Besoldungsordnung für die Turnwarte und Turnlehrer an den vollständigen städtischen höheren Lehranstalten. — Die Verteilung einer Schrift zur Feier des 18. Januar an Gemeindeschulkinder. — Die Besoldungsverhältnisse der Lehrer an der städtischen Taubstummen- und Blindenschule. — Die Bewilligung des Festsaals zu einem Bach-Feste, — und die Uebertragung der Verwaltung des städtischen Straßenbahnwesens an die Verkehrsdeputation und die Bereitstellung der zu den ersten Vorarbeiten erforderlichen Mittel. Außerdem findet um 6½ Uhr eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung statt behufs der Wahl 1. eines Mitglieds und eines Stellvertreters des Steuer-Ausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin zum Zweck der Veranlagung der Warenhaussteuer für das Steuerjahr 1901, 2. von 30 Mitgliedern und 18 Stellvertretern für die Einkommensteuer-Berufungs-Kommission.

Lokales.

Die Ueberfüllung der Gemeindeschulklassen hatte in den letzten Jahren allmählich nachgelassen. War die Besserung auch noch nicht groß, so konnte man doch wenigstens die Anfänge zu einer solchen erkennen, und man durfte für die Zukunft weitere Fortschritte erhoffen. Das laufende Winterhalbjahr hat nun leider keinen Fortschritt, sondern zur Abwechslung wieder einmal eine Verschlimmerung des Uebelstandes gebracht.

Zwar ist, wie die kürzlich der Stadtverordneten-Versammlung zugegangene Uebersicht über die Frequenz der Gemeindeschulen vom 1. November 1900 ergiebt, die durchschnittliche Besetzung der Klassen weiter heruntergegangen. Im Sommer 1900 bestanden 237 Gemeindeschulen mit 4178 Klassen. Sie waren am 1. Mai mit 209 080 Kindern besetzt, so daß auf die Klasse durchschnittlich 50,04 Kinder kamen. Im Winter 1900/1901 bestehen 241 Gemeindeschulen mit 4242 Klassen. Am 1. November saßen darin 210 490 Kinder, auf die Klasse kamen also durchschnittlich nur noch 49,62 Kinder. Die Durchschnittsfrequenz ist damit zum erstenmal unter 50 herabgegangen.

Wohlgemerkt: Die Durchschnittsfrequenz! Wie sehr aber dieser Durchschnitt über den wahren Sachverhalt täuscht, das haben wir oft nachgewiesen. Eine Prüfung der Frequenz der einzelnen Klassenstufen (wobei zu beachten ist, daß die Berliner Gemeindeschulen nach der am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen „Reorganisation" nicht mehr sechs-, sondern siebenstufig sind) zeigt, daß die Täuschung diesmal besonders derb ist. Die Ermäßigung des allgemeinen Durchschnitts von 50,04 auf 49,62 ist nur dadurch herbeigeführt worden, daß die oberen Klassen entlastet worden sind. Die unteren Klassen dagegen sind nicht nur nicht entlastet worden, sondern der Durchschnitt ist hier sogar noch gestiegen. Gerade hier wäre aber eine nachdrückliche Herabsetzung der Frequenz am allernotwendigsten; denn die Frequenz ist hier von vornherein viel höher als in den oberen Klassen, und die Ueberfüllung wirkt hier auch viel nachteiliger.

Am 1. November saßen in 653 letzten (jetzt „siebenten") Klassen 38 143 Kinder, macht pro Klasse 58,41. Am 1. Mai dagegen hatte die Durchschnittsfrequenz der letzten (damals „sechsten") Klassen nur 58,22 betragen. Am 1. November saßen in 330 dieser letzten Klassen noch je 60 oder mehr Kinder. Das Maximum soll hier bekanntlich 69 sein. Es wurde in 43 Klassen (am 1. Mai nur in 31) erreicht und in 8 Klassen (am 1. Mai in 3) sogar noch überschritten. Die 134. Schule (Höchstestraße) hatte eine 7. Klasse mit 70 Kindern, die 39. Schule (Müllerstr. 158/159) eine mit 72, die 36. Schule (Gartenstr. 169) eine mit 77 Kindern. Die letzte Zahl ist allerdings so ungeheuerlich, daß wir einen Druckfehler annehmen möchten. Vielleicht ist einer unsrer Leser, der ein Kind in dieser Klasse hat, in der Lage, nähere Auskunft zu geben. Die Klasse ist eine „gemischte" und wurde (nach der Vorlage) am 1. November von 36 Knaben und 41 Mädchen besucht. — Was die vorletzten (jetzt „sechsten") Klassen betrifft, so saßen hier am 1. November in 651 Klassen 37 664 Kinder, also im Durchschnitt in der Klasse 57,86. Am 1. Mai hatte die Frequenz in den vorletzten (damals „fünften") Klassen 57,94 betragen, so daß hier mindestens keine Besserung von Belang eingetreten ist. In 305 dieser vorletzten Klassen saßen am 1. November noch 60 oder mehr Kinder. Das offizielle Maximum 69 wurde in 29 Klassen erreicht (am 1. Mai nur in 22, außerdem wurde es damals in zwei Klassen überschritten). — Drittletzte (jetzt „fünfte") Klassen waren am 1. November 678 vorhanden. Sie waren mit 37 006 Kindern besetzt, so daß auf die Klasse im Durchschnitt 54,57 kamen, während am 1. Mai die Durchschnittsfrequenz der drittletzten (damals „vierten") Klassen nur 53,94 betragen hatte. Das offizielle Maximum ist hier 60. Es wurde in 64 Klassen erreicht (wie 1. Mai) und in 68 Klassen überschritten (wie 1. Mai). Das thatsächliche Maximum war 69. — Die folgende Klassenstufe (jetzt „vierte", früher „dritte" Klasse) bestand am 1. November aus 650 Klassen mit 32 186 Kindern. Auf die Klasse kamen im Durchschnitt 49,52 Kinder, dagegen am 1. Mai nur 48,12. Das offizielle Maximum betrug hier früher 50, seit der „Reorganisation" ist es auf 55 erhöht. Aber auch dieses erhöhte „Maximum" wurde noch in 62 Klassen überschritten. Das thatsächliche Maximum soll hier, nach der Vorlage, 74 gewesen sein. Vielleicht ist auch das nur ein Druckfehler; es handelt sich um eine „vierte" Klasse der 117. Schule, Eberswalderstraße. — Erträglicher wird es erst in den obersten Klassen. In den 583 jetzt „dritten" Klassen saßen am 1. November 26 153 Kinder, macht pro Klasse 44,86 (am 1. Mai in den „zweiten" 45,05); in den 482 jetzt „zweiten" Klassen 20 277 Kinder, macht pro Klasse 42,07 (am 1. Mai in den „ersten" 40,49, so daß selbst hier noch eine Verschlechterung eingetreten ist). Die „dritten" und „zweiten" Klassen haben das offizielle Maximum 50. Es wurde in den „dritten" 57 mal, in den „zweiten" 11 mal überschritten; das thatsächliche Maximum war dort 57, hier 52. — Die 404 jetzt „ersten" Klassen, die wir der „Reorganisation" verdanken, waren mit 15 476 Kindern besetzt, durchschnittlich mit 38,31. Das offizielle Maximum, auch hier 50, werden noch 5 mal überschritten; das thatsächliche war 53. — Von den „Oberklassen", die „nach Bedarf" aufgesetzt werden, waren 85 vorhanden. Sie waren von 2884 Kindern besucht, macht pro Klasse 33,93. Das zulässige Maximum, gleichfalls 50, wurde nirgends erreicht. — In den 56 „Nebenklassen" schließlich waren 701 Schwachbefähigte vereinigt. Der Durchschnitt war 12,52, während hierselbst das Maximum nur 12 sein soll. Es wurde 25 mal überschritten; die höchste Frequenz war 20. Ob die Schwachbefähigten da viel lernen werden?

Wir sind mit unsrer Aufzählung zu Ende. Sie ist etwas trocken ausgefallen, aber ein besonderer Kommentar zu all' diesen Zahlen ist unsres Erachtens überflüssig. Sie sprechen für sich selber — richtiger gesagt: gegen sich selber — und zeigen mit hinreichender Deutlichkeit, daß sich der Uebelstand der Ueberführung da, wo er bisher am größten gewesen und am unangenehmsten empfunden worden war, nämlich in den untersten Klassen, thatsächlich noch verschlimmert hat.

Die Erhöhung der Milchpreise hat einer Handvoll kapitalistischer Milchproduzenten bereits eine Mehreinnahme von circa 2½ Millionen Mark pro Jahr gesichert. In einem Aufruf an die „Märkischen Milchproduzenten" wird mitgeteilt, daß es gelungen ist, für alle diejenigen Landwirte, welche sich der „Milchcentrale, Genossenschaft m. b. H." angeschlossen haben, 1 bis 2 Pf., durchschnittlich ⅝ Pf. für ihre Milch in der Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 1. Oktober 1901 mehr herauszuschlagen. Der Durchschnittspreis der Milch franco Berlin beträgt in dieser Zeit 12 bis 12½ Pf. pro Liter, anstatt wie bisher 10½ bis 11½ Pf. Das ergiebt für die beteiligten Produzenten eine Mehreinnahme von ca. 2½ Millionen Mark.

Mit diesem Beutezug an der Berliner Bevölkerung ist die am 10. August v. J. gegründete Genossenschaft, die durch die bekannten Agrarier E. Ring-Düppel, Graf v. d. Schulenburg-Grünthal, Ritterschaftsdirektor v. Bredow-Landin usw. ins Leben gerufen und vertreten ist, aber durchaus noch nicht zufrieden. Es soll allerdings auch noch in Zukunft Milch an die „reellen Berliner Milchpächter" verpachtet werden. Aber wenn 400 000 Liter, also ca. ⅔ des Verbrauchs in Berlin, genossenschaftlich geeinigt sind, dann wird von der Milchcentrale folgender Normalvertrag festgesetzt:

1. Alle Vollmilch von 2,7 Proz. Fettgehalt darf franco Berlin Bahnhof ausschließlich der Kosten für den Kutscher und der Fastage, die beide der Pächter zu tragen hat, nicht unter 13½ Pf. verpachtet werden (Magermilch mit 14 Pf.). Der Milchpächter hat an den Produzenten 13 Pf. (Magermilch 13½ Pf.), an die Centrale ½ Pf. pro Liter wöchentlich zu zahlen.

2. Der Milchpächter darf a) Vollmilch von den Genossen der Milchcentrale niemals unter 20 Pf. in Berlin verkaufen. b) Keine Konsum- und Rabatt-Vereinsmarken ausgeben. c) Keine Zugabe geben.

„Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott!" lautet die Parole dieser famosen Genossenschaftler, und unter dieser Devise soll der Berliner Bevölkerung wiederum eines der wichtigsten Lebensmittel verteuert werden. Die Folgen hiervon werden sich sehr deutlich und insbesondere durch eine erhöhte Ziffer der Kindersterblichkeit bei der ärmeren Bevölkerung bemerkbar machen.

Auf der einen Seite fortgesetzte Steigerung der Wohnungsmieten, der Kohlenpreise und Verteuerung der allerwichtigsten Lebensmittel; auf der andren Seite der Niedergang der Geschäftskonjunktur, die wirtschaftliche Krisis, die Arbeitslosigkeit und weitere Reducierung der Löhne! Und die herrschende Klasse? Sie hat weder den Willen, noch ist sie dazu im stande, den skandalösen Zustand zu beseitigen. „Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott!" Nur durch den festen Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation ist es der Arbeiterschaft möglich, eine weitere Herabsetzung ihrer Lebenshaltung auch unter der gegenwärtigen privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verhindern.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft über die Arbeitslöhne und Materialienpreise im letzten Jahre. Ende Oktober 1899 wurde der Direktion der Artilleriewerkstatt in Spandau eine größere Maschinenanlage, bestehend aus 67 Stück Werkzeugmaschinen verschiedener Größe zum Gesamtpreise von 250 000 M. angeboten. Diese Anlage sollte dann im Oktober 1900 bestellt werden. Die Fabrik wollte aber jetzt einen höheren Preis verlangen, indem sie auf die inzwischen eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne und der Eisen- und Stahlpreise hinwies. Die Direktion der Artilleriewerkstätten wendete sich deshalb am 9. Oktober 1900 an die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin um Auskunft darüber, ob in diesem Jahr eine Preissteigerung oder ein Rückgang in den Arbeitslöhnen und in den Preisen dieser Materialen stattgefunden habe. Die Antwort der Aeltesten darauf lautete:

„Berlin, 18. Oktober 1900.

Auf die gefällige Anfrage vom 9. d. M. — J.-N. 16405 00 II — erwidern wir ergebenst, daß der heutige Stand der Arbeitslöhne und der Materialienpreise von denjenigen gegen Ende Oktober vorigen Jahres nicht wesentlich abweicht und deshalb eine Preiserhöhung, welche mit dem Steigen der Materialien- und Arbeitspreise begründet wird, nicht gerechtfertigt erscheint.

J. 5265. 00. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin."

Die Antwort der Aeltesten konnte nicht wohl anders lauten; sie ist eine offizielle Bestätigung dafür, daß das viele Geschrei der Scharfmacher und ihrer Blätter über das stetige und beträchtliche Steigen der Arbeitslöhne und Materialienpreise im letzten Jahre in Wirklichkeit nichts als eine schwindelhafte Vorspiegelung war.

Der Tod, den General Pochhammer auf den Schienen der Straßenbahn erlitten, scheint in der That die von uns gekennzeichneten Folgen auszuüben. Eine Mitteilung des hiesigen Kleinen Hofjournals besagt: „Der beklagenswerte Unfall, dessen Opfer Generallieutenant Pochhammer geworden ist, hat den Kaiser auf das tiefste ergriffen. Schon vorher war das Ministerium der öffentlichen Arbeiten als Aufsichtsbehörde über die Kleinbahnen durch Vermittelung der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin an die Straßenbahn-Gesellschaft herangetreten, um gegen die beunruhigende Häufigkeit der Unfälle geeignete Maßregeln zu treffen. Jetzt wird auf Anregung von allerhöchster Stelle eine Kommission zusammentreten, die aus hervorragenden Fachleuten des öffentlichen Fuhrwesens, Ingenieuren, Mitgliedern des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des Kommissariats für öffentliches Fuhrwesen und der Straßenbahn-Direktion bestehen wird. Es sollen unter Nutzbarmachung ausländischer, namentlich amerikanischer Erfindungen Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen angebracht werden, die das entsetzliche Verstümmeln der Ueberfahrenen verhindern. Bis zu welchem Grade dies gelingt, wird man abwarten müssen. Die Straßenbahn-Direktion hat zugesagt, daß sie bei Einführung der Schutzvorrichtungen keinerlei Rücksicht auf den Kostenpunkt nehmen wird.

Früher, als Menschen gewöhnlichen Schlages von der Großen getötet wurden, hat die Direktion sich nicht sonderlich bemüht. Sie half sich in einem Schreiben an den Magistrat über die furchtbaren Geschehnisse sogar mit dem empörenden Witz hinweg, daß die beste Schutzvorrichtung der — Selbstschutz des Publikums sei.

Weiterhin wird einem hiesigen Blatt gemeldet: Die Untersuchung über den Unfall des Generallieutenants Pochhammer ist von der Staatsanwaltschaft bereits abgeschlossen worden. Danach war die unmittelbare Todesursache Schädelbruch. Der Verunglückte, der sofort unter den Wagen geriet, wurde deshalb so weit geschleift, weil er mit der Hand unter den Sandstreuer gekommen war. Nach dem Ergebnis der Untersuchung ist der Wagenführer Tabel, der am Unglückstage erst vier Stunden im Dienst war, unter dem an der Unfallstelle befindlichen Sektionsausschalter stromlos durchgefahren und nicht „übermäßig" schnell. Er ist im Dienst verblieben, und ob die Staatsanwaltschaft nach den abgeschlossenen Vernehmungen ein strafrechtliches Verfahren gegen den Wagenführer einleiten wird, ist noch unbestimmt.

Wie die Polizei die gute Sitte rettet! Die „Volks-Zeitung" meldet: Ein Dienstmann aus Berlin mit Namen Mätzke hatte sich im Sommer eines Tags nach einem Vorort begeben, um dort einen Auftrag auszurichten. Sein Weg führte ihn an einem Teich vorbei, wo verschiedene Männer sich badeten, obwohl sich in der Nähe einige Frauen befanden. Mätzke beschloß, ebenfalls ein Freibad zu nehmen; er wurde aber hierbei betroffen und zur Anzeige gebracht. Im Strafverfahren wurde er zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner aber strengte der Polizeipräsident gegen Mätzke Klage auf Zurücknahme der Bestallung als Dienstmann an, da er sich in sittlicher Beziehung vergessen habe und als Dienstmann ungeeignet erscheine! Obschon Mätzke hervorhob, daß er 12 Jahre Dienstmann gewesen sei, ohne sich etwas zu Schulden kommen zu lassen, und daß er sich nichts Schlimmes dabei gedacht habe, als er bei der Hitze in jenem Teich ein Bad nahm, erkannte der Bezirksausschuß zu Ungunsten des Dienstmanns! Dieser focht die Entscheidung des Bezirksausschusses beim Ober-Verwaltungsgericht an, hatte es aber unterlassen, das Rechtsmittel zu begründen, wie es vorgeschrieben ist. Das Oberverwaltungsgericht sah sich daher gezwungen, aus formellen Erwägungen die Berufung des unglücklichen Dienstmanns zurückzuweisen.

Die Viehzählung in Berlin am 1. Dezember 1900 ergab, verglichen mit der Zählung vom Jahre 1895 folgendes Resultat: Es wurden von 25 089 (24 416) überhaupt vorhandenen bebauten Grundstücken auf 8644 (8735) Grundstücken in 14 172 (14 065) Haushaltungen nachstehend bezeichnete Vieharten gehalten: 51 186 (50 363) Pferde, 6 (?) Maultiere, 94 (?) Esel, 14 285 (9397) Stück Rindvieh, 7985 (2958) Schafe, 10 994 (10 772) Schweine, 989 (1237) Ziegen und 69 190 (85 143) Stück Federvieh. — An Bienenstöcken wurden in Berlin 105, an Obstbäumen 16 386 gezählt.

Zur Boykottierung des Deutschen Flottenvereins wird von — antisemitischer Seite aufgefordert. Der Kalender des Deutschen Flottenvereins für 1901, herausgegeben von Konter-Admiral z. D. Plüdemann, enthält u. a. folgenden Passus: „Daß Sekten in China entstanden sind, die Langmesser, später „Boxer" genannt, welche die Vertreibung der Fremden auf ihre Fahne geschrieben, kann nicht besonders verwundern, haben doch hochentwickelte Kulturstaaten in der antisemitischen Bewegung analoge Vorgänge." Die „Deutsche Wacht" des Reichstags-Abgeordneten Zimmermann erklärt diese Ausführung für eine ebenso schwere als unmotivierte Beleidigung zahlreicher national und flottenfreundlich gesinnter Elemente, die um so weniger zu entschuldigen ist, als sie von einem hohen Offizier ausgeht. Das Blatt fordert seine Gesinnungsgenossen zu einem entschiedenen Protest gegen dies Vorgehen des Flottenvereins auf und schließt seinen diesbezüglichen Aufruf mit den Worten: „Los vom deutschen Flottenverein!"

Auch andre Kreise als die rein radau-antisemitischen können die Wahrheit bekanntlich nicht hören. So die Herrschaften, die kürzlich Anstoß daran nahmen, daß wir den Freiherrn v. Schill, der ebenfalls die Vertreibung der Fremden auf seine Fahne geschrieben hatte, mit den um die nationale Unabhängigkeit kämpfenden Boxern verglichen.

Der Schalterverkehr der Berliner Postämter am Silvestertage. Die Postschalter sind am Silvestertage von der Eröffnung an bis zu den späten Abendstunden wohl keinen Augenblick ohne Publikum gewesen. In den Nachmittagsstunden waren an einzelnen Postämtern nicht nur die Vorräume bis zum letzten Platz besetzt, sondern zuweilen standen auch noch auf der Straße wartende und ungeduldig werdende Personen, die Marken einkaufen wollten, sehr oft aber unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Besonders Frauen und Kinder, die sich nicht mit den Ellenbogen bis zum Schalter durchkämpften, mußten sehr lange warten, so daß sich schließlich die Vorsteher einzelner besonders verkehrsreichen Postämter veranlaßt sahen, Unterbeamte zu bestellen, welche acht zu geben hatten, daß die einzelnen Personen der Reihe nach am Schalter vorbeidefilierten. Auch die Briefträger und die offenen Verkaufsgeschäfte waren mit ihren Markenvorräten bald fertig, so daß auch hier das Publikum sehr oft vergeblich forderte. Das vergangene Jahr kann trotz der offiziellen Jahrhundertwende auch nicht im entferntesten mit dem Briefverkehr in diesem Jahre konkurrieren, da ein großer Teil des Berliner Briefverkehrs im vorigen Jahre noch von der Privatpost geleitet wurde.

Das Silvestertreiben in der Friedrichstraße und Unter den Linden war trotz der vom Polizeipräsidium erlassenen Warnung ärger als in den Vorjahren, und es hat infolgedessen eine größere Zahl von Sistierungen stattgefunden. Sehr viele zweifelhafte Elemente hatten sich eingefunden, welche sich nicht nur darauf beschränkten, Passanten mit Cylinderhüten anzurempeln, sondern auch in Droschken und auf Omnibussen fahrende Personen belästigten. Die Schutzleute, die mit außerordentlicher Energie vorgingen, wurden wiederholentlich stark umdrängt, um so sistierten Personen Gelegenheit zu verschaffen, sich loszureißen und zu entkommen, was auch mehrfach gelang. Diese Handlungsweise dürfte jedoch vielen teuer zu stehen kommen, da eine Anzahl der Excedenten festgenommen wurden, die sich wegen Gefangenenbefreiung resp. des Versuchs hierzu zu verantworten haben werden. Während in dem unteren Teil der Friedrichstraße schon bald nach 1 Uhr die Massen sich etwas verliefen, so daß die dort vorgenommenen Sperrmaßregeln aufgehoben werden konnten, hatten sich in dem Teil zwischen Französische- und Mohrenstraße große Menschenmengen festgesetzt welche trotz des entschiedenen Vorgehens der berittenen sowie der Fuß-Schutzleute nicht auseinanderzutreiben waren. Hier fanden allein in einem Zeitraum von einer Stunde über 50 Sistierungen statt. Erst gegen 1/24 Uhr morgens konnten die Schutzleute aus der Friedrichstadt zurückgezogen werden. — In der Neujahrsnacht wurden insgesamt 290 Personen polizeilich festgenommen, davon 156 wegen groben Unfugs, der Rest wegen Trunkenheit, Schlägerei, Bettelns usw. Die Hauptmasse der Ausschreitungen entfiel auch diesmal auf die Straßen in der Nähe der Linden und der Friedrichstraße, wo im ganzen 155 Sistierungen, davon 132 wegen Unfugs, erforderlich wurden.

Die Einführung des Zehnpfennig-Tarifs auf der Straßenbahn hat auf den Verkehr zwischen den Schaffnern und dem Publikum in ganz eigenartiger Weise eingewirkt, wie man am gestrigen Sonntag bemerken konnte. Dieser Verkehr wickelt sich nämlich jetzt vollkommen lautlos ab. Stumm reicht der Fahrgast seinen Nickel hin und ohne ein Wort zu reden übergiebt ihm der Schaffner das schon vorher abgerissene Billet. Denn auch das Wort „Danke sehr", welches früher die Schaffner ziemlich oft aussprachen, nachdem sie das Fahrgeld erhalten hatten, hört man fast niemals mehr, da die Spenden eines Trinkgelds bei dem so überaus einfachen Zahlungsmodus zum Leidwesen der Schaffner so gut wie aufgehört hat. Das merken auch bereits die Inhaber der an den Endstationen gelegenen Gastwirte, in denen die Schaffner während des Aufenthalts zu verkehren pflegen. Denn so viel wie bisher können sie jetzt nicht mehr verzehren, da sie durch die ganz erhebliche Verringerung der Trinkgelder einen verhälnismäßig recht bedeutenden Ausfall an ihren Einnahmen haben. Auch die Kutscher leiden darunter, da ihnen die Schaffner einen bestimmten Prozentsatz abzugeben pflegten. Man darf unter diesen Umständen wohl annehmen, daß der Magistrat nächstens in bekannter Arbeiterfreundlichkeit bei der schwerreichen Direktion seine ganze Autorität einsetzen wird, um eine Lohnerhöhung für die Angestellten zu erreichen.

Die Kälte ist gestern bis auf 14 Grad gestiegen, und die Spree beginnt bereits starkes Eis zu zeigen. Auch der Müggelsee weist schon eine glatte Decke auf. Die Eisbahnpächter machen flotte Geschäfte. Die ärmere Bevölkerung sieht einer längeren Dauer der Kälte besonders jetzt, wo überall das Gespenst der Arbeitslosigkeit umgeht, mit Grauen entgegen.

In einem Anfall von Verfolgungswahn machte gestern nachmittag der 66 Jahre alte Schneidermeister Friedrich Bornschein aus der Luisenstr. 40 einen gräßlichen Selbstmordversuch. Der Mann hat, wie gemeldet wird, durch Ueberarbeitung seine Nerven zerrüttet und wähnt sich verfolgt. In einem Anfall ergriff er ein Rasiermesser und schnitt sich längs und quer in den Hals. Schwerverletzt wurde er in ein Krankenhaus gebracht.

Der Geldbriefträger Hugo Schwarz vom hiesigen Hauptpostamt, welcher, wie noch erinnerlich sein dürfte, nach Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von etwa 18 000 M. am 9. September 1899 flüchtig geworden war und dessen in London erfolgte Verhaftung wir seiner Zeit meldeten, ist nunmehr in sicherer Begleitung an Bord des Dampfers „Peregrine" in Hamburg eingetroffen. Der Defraudant wurde alsbald nach seiner Ankunft von Berliner Kriminalbeamten dort in Empfang genommen und ist inzwischen in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Am Silvesterabend war das Berliner Theater der Schauplatz eines eigenartigen „Theaterskandals". Nach dem ersten Akte von „Frauenherrschaft" wurde von einer großen Zahl von Parkettbesuchern in sehr erregter Weise Klage darüber geführt, daß im Zuschauerraum ein sehr starker Zugwind zu verspüren sei. Es kam hierbei zu äußerst tumultuarischen Scenen, die sich während des zweiten Akts in erheblicher Weise steigerten. Der Regisseur erschien auf der Bühne und erklärte, daß für sofortige Abhilfe gesorgt werden würde. Darauf wurde die Vorstellung ohne weitere Störung zu Ende geführt.

Zu dem verdächtigen Krankheitsfall, über den wir aus der Schönhauser Allee berichteten, können wir heute mitteilen, daß es sich um echte Pocken handelt. Eine wiederholte genaue Untersuchung hat darüber keinen Zweifel gelassen. Zum Glück für den Kranken und seine Umgebung ist der Charakter der Krankheit gleich in ihrem Entstehen richtig erkannt worden, so daß gleich entsprechende Heil- und Vorbeugungsmittel angewandt wurden. Bei dem Erkrankten, dem Schüler Liersmann, sind die Pocken jetzt erst im Aufgehen. Danach kann man schon heute sagen, daß eine Gefahr für sein Leben nicht vorhanden ist; sein Befinden ist ganz leidlich.

Durch einen Sturz von der Treppe scheint der 65 Jahre alte Bahnarbeiter Eduard Zufall aus der Ackerstr. 138 ums Leben gekommen zu sein. Nachdem er den Tag über gearbeitet hatte, fand man den alten Mann gestern Abend um 9 Uhr mit gebrochenem Schädel unten an der Treppe tot im Hausflur liegen. Ein Arzt konnte nur den Schädelbruch und den Tod feststellen. Wie lange der Unglückliche bereits dagelegen hatte, weiß man nicht.

Das übliche Neujahrsschwimmen veranstalteten auch diesmal wieder drei Mitglieder des Charlottenburger Schwimmvereins von 1887 im Kochsee. Weder die Kälte draußen noch die tiefe Wassertemperatur schreckte sie ab, obwohl einer der Schwimmer, der Prokurist Streich, schon 50 Jahre zählt, während die beiden andren, die Studenten Hähndel und Hildebrandt noch im jugendlichen Alter stehen. Die Wasserfreunde ließen sich vom Besitzer der Bade-Anstalt im See 20 Geviertmeter Eis weghauen, sprangen vom Turm in den See hinab, durchschwommen die Fläche, stiegen ans Land, kleideten sich wieder an, tranken einen Grogk und gingen gesund nach Hause. Das kalte Bad hat ihnen nichts geschadet.

Der diesjährige Vortragscyklus des Vereins „Berliner Presse" beginnt am Donnerstag, den 10. Januar, 8 Uhr abends, im großen Saal des Architektenhauses. Verschiedene berühmte Schriftsteller werden bei dieser Gelegenheit zum erstenmale als Vorleser persönlich vor dem Berliner Publikum erscheinen. Aus dem reichhaltigen Programm seien erwähnt ein „Münchener Abend" mit Ludwig Ganghofer, ein „Humoristischer Abend", ein „Erzähler-Abend" und ein „Damen-Abend" mit Gabriele Reuter, Clara Viebig und Anna Ritter. Der Verkauf der Eintrittskarten wird am Freitag beginnen. Vormerkungen auf Karten für alle sechs Vorträge zum Preise von 15 und 12 M. werden schon jetzt entgegengenommen in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126; Lazarus, Friedrichstr. 66; Speyer u. Peters, Unter den Linden 43 und Trautwein, Leipzigerstraße 18.

Feuerbericht. Ein böser Kellerbrand kam Mittwoch früh 10 Uhr Königstr. 55, gegenüber dem Rathause, zum Ausbruch. Da er von verschiedenen Seiten aus gemeldet war, rückten nicht weniger als sechs Löschzüge heran, die indes bald wieder Kehrt machten. Die Größe des Feuers war anfangs gar nicht zu übersehen, da Keller und der nur wenige Quadratmeter große Hof in erstickenden Rauch eingehüllt waren. Die Löschmannschaften konnten daher auch nur unter Anwendung von Rauchschutz-Apparaten zum Brandherde vordringen, wobei sich zeigte, daß lediglich Kisten, Körbe und Gerümpel Feuer gefangen hatte. Nach halbstündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. — Ein zweiter Kellerbrand mußte Schliemannstraße 28 abgelöscht werden. Oderbergerstr. 16 brannten in einem Pferdestalle Futtervorräte. Wohnungsbrände, die durch brennende Weihnachtsbäume entstanden waren, mußten Müllerstr. 158/159, Yorkstraße 47, Metzerstraße 18 und Rostockerstraße 41 beseitigt werden. Zehdenickerstr. 21 war durch Explosion einer Petroleumlampe ein Wohnungsbrand entstanden. Ein Dachstuhlbrand mußte Stromstraße 42 abgelöscht werden. Bülowstraße 24/25 hatten sich Preßkohlen entzündet. Stroh ging Lindenstraße 46, Granseerstr. 2 und Lebuserstr. 1 in Flammen auf. Außerdem wurde die Wehr noch nach Friedenstr. 81, Prinz Eugenstr. 1, Potsdamerstr. 44, Linienstr. 14, Sorauerstr. 27 und Dresdenerstr. 44 gerufen. Mittwoch gegen abend war die ganze 4. Compagnie gleichzeitig in Moabit, wo sie Ottostr. 10 und Paulstr. 9 Wohnungsbrände abzulöschen hatte.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Eine Haussuchung fand bei dem früheren Expedienten der anarchistischen Wochenschrift „Neues Leben", G. Hornikel, am Mittwoch statt. Es handelte sich um Manuskripte, die Korrespondenz und ein Cliché der inkriminierten Nrn. 41 und 44 des Blatts. Die Durchsuchung, welche von zwei Beamten der politischen Polizei und einem Gendarm ausgeführt wurde, dauerte zwei Stunden und war eine gründliche. Nach obligater Leibesvisitation wurde selbst das Bett gehörig unter Kontrolle genommen. Das Resultat der Durchsuchung war erfolglos.

Schöneberg. Die Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins findet Montag, den 7. Januar 1901, abends 8 Uhr, im Klubhaus, Hauptstr. 5/6, statt. Pflicht eines jeden ist es, in der Versammlung zu erscheinen, um das neue Mitgliedsbuch in Empfang zu nehmen.

Ein Rixdorfer Wahlprotest. Bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen in Rixdorf sind bekanntlich von den Wahlvorständen sämtliche auf den von unsren Parteigenossen in fünf Hausbesitzer-Bezirken aufgestellten Tischler Schneider entfallenen Stimmen für ungültig erklärt worden, weil Schneider nicht als alleiniger Eigentümer oder Nießbraucher eines Hauses grundbuchlich eingetragen war. Die Wahlvorstände und der Magistrat erklärten in vier Bezirken die an Stimmenzahl nächstfolgenden Kandidaten für gewählt, die vom socialdemokratischen Wahlkomitee noch in letzter Stunde als Arbeiterkandidaten aufgestellt worden waren. Im zweiten Bezirk wurden jedoch auch die für den zweiten Arbeiterkandidaten Kuhlmey abgegebenen 102 Stimmen für ungültig erklärt, weil dessen Frau ein Achtzehntel seines Hauses besitzt. Hier ließ der Wahlvorstand den bürgerlichen Kandidaten Steinsetzmeister Wickel nachrücken, der 5 oder 6 Stimmen erhalten hatte. Diese „Wahl" des Herrn Wickel hat nun ein Wähler der 3. Abteilung angefochten. Der Protest ist insofern von besonderer Bedeutung, weil er eine bisher noch nicht entschiedene Rechtsfrage anschneidet. In der Begründung wird u. a. ausgeführt: Der Wahlvorstand sei nicht berechtigt gewesen, die für den Kandidaten Tischler Schneider abgegebenen Stimmen deshalb für ungültig zu erklären, weil Schneider angeblich nicht den vom Ober-Verwaltungsgericht an die Hausbesitzer im Sinne der Städte-Ordnung gestellten Anforderungen entsprach. Der Wahlvorstand könne nur Stimmen für ungültig erklären, wenn ein Grund zur Ungültigkeit der Stimme an sich vorliege, d. h., wenn die Person des Stimmenden gesetzlich begründeten Anstoß erregt. Das sei hier nicht der Fall gewesen, — darüber zu beschließen, ob ein Kandidat den gesetzlichen Anforderungen entspreche und die erforderlichen Schlüsse für die Gültigkeit oder Ungültigkeit seiner Wahl daraus zu ziehen, wäre lediglich Sache der Stadtverordneten-Versammlung. Das Verfahren des Wahlvorstands sei ganz unzulässig. Auf die Beschlußfassung der Stadtverordneten-Versammlung hin hätte, sofern sie zu Ungunsten Schneiders ausfiele, eine neue Wahl anberaumt werden müssen; der an Stimmenzahl nächstfolgende Kandidat habe auf keinen Fall nachzurücken. — Aber selbst wenn das vom Wahlvorstand geübte, vom Magistrat gebilligte Verfahren an sich Rechtens wäre, selbst dann wäre nicht Herr Wickel der Gewählte, sondern Herr Kuhlmey mit 102 Stimmen. Er genüge deshalb den Anforderungen, die das Oberverwaltungsgericht an Hausbesitzer-Stadtverordnete stellt, weil er mit seiner Frau in Gütergemeinschaft lebe und ihr kleiner Anteil am Hause darum nicht den Charakter eines selbständigen Mitbesitzes hat. Die auf ihn gefallenen Stimmen hätten für vollgültig genommen werden müssen.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird in ihrer Sitzung am 4. Januar über den Einspruch Beschluß fassen. Im Fall der Verwerfung wird wahrscheinlich der Weg des Verwaltungsstreit-Verfahrens beschritten werden, und zwar bis zur letzten Instanz.

Die Frau unsres im vorigen Jahre ausgewiesenen und im Exil verstorbenen Genossen Anton Kopp weilt wieder in unsrer Mitte. Kopp, der als geborener Oestreicher sich „lästig" gemacht hatte, wurde nicht allein ausgewiesen; seine Frau mußte das Exil mit ihm teilen. Jetzt ist durch landrätliche Verfügung der Ausweisungsbefehl zurückgenommen worden.

Gerichts-Zeitung.

Recht traurige Folgen hat ein Zusammenstoß gehabt, der auf die ungewöhnliche Leichtfertigkeit eines Straßenbahn-Kutschers zurückzuführen ist und gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I dem Kutscher Johannes Schüler zur Last gelegt wurde. Der Zusammenstoß fand am 8. Juni v. J. Ecke der Bank- und Reinickendorferstraße statt. An jenem Tage kam ein vom elektrischen Wagen losgehängter sogenannter Anhängewagen, der an den Seiten keine Tourenschilder hatte und keine Passagiere beförderte, vom Wedding her im schnellsten Tempo an jene Straßenecke. Wie Augenzeugen übereinstimmend bekundeten, fiel es dem Kutscher gar nicht ein, zu klingeln; der Führer eines leeren Steinwagens, der an der gedachten Straßenkreuzung di Schienen zu passieren hatte, wurde daher nicht gewarnt, der Steinwagen wurde vom Straßenbahnwagen erfaßt und der Führer des erstren, Kutscher Brandes, bei dem Zusammenprall, bei welchem auch das Schutzgitter des Straßenbahnwagens verletzt worden sein soll, zur Erde geschleudert. Das sich ansammelnde Publikum vermochte den Uebelthäter nicht festzuhalten, denn dieser fuhr in einem außerordentlich schnellen Tempo, wie es bei der Feuerwehr üblich ist, davon. Der Sturz ist für den Kutscher Brandes verhängnisvoll geworden, denn er hat ihn zu einem bemitleidenswerten Invaliden gemacht, der auf die Dauer erwerbsunfähig sein dürfte. Er hat sich anscheinend das Rückgrat verletzt und kann sich unter thatkräftiger Unterstützung eines Führers nur mühsam fortbewegen. Als er gestern als Zeuge in den Saal gerufen wurde, bot er ein Bild des Jammers. Da von Augenzeugen die Nummer des davonrasenden Straßenbahnwagens erkannt werden konnte, wurde geget Schüler, der den betr. Wagen an jenem Tage zum Depot gebracht hatte, die Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Der Angeklagte, der von keinem der Zeugen persönlich wiedererkannt werden konnte, bestritt überhaupt, an jenem Tage einen derartigen Zusammenstoß gehabt zu haben und berief sich darauf, daß ihm sein Wagen im Depot ohne jede Beanstandung abgenommen worden sei, dieser also mit dem beschädigten Wagen nicht identisch sein könne. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für ausreichend nachgewiesen und beantragte mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die der Unfall gehabt hat, sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof beschloß noch weitere Beweise zu erheben, namentlich auch darüber, zu welcher Zeit und in welchem Zustande der Angeklagte den von ihm geführten Wagen an jenem Tage ins Depot gebracht hat.

In der bekannten Strafsache gegen den Bankier Max Arendt u. Gen. wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Rosenstock steht auf Grund der von den Verurteilten eingelegten Revision am 7. d. M. Termin vor dem Reichsgericht an. Die Angeklagten werden in Leipzig durch die Rechtsanwälte Oskar Meyer und Georg Morris vertreten sein.

Die für den 14. d. M. vor der 7. Strafkammer anberaumte Hauptverhandlung gegen Fräulein Platho und Herrn Arndt wird erst um 11½ Uhr sein und dürfte nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Voraussichtlich wird Herr Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel, der als Beleidigter den Strafantrag gestellt hat und als Zeuge zu vernehmen ist, sich dem Verfahren als Nebenkläger anschließen. Die Angeklagte Fräulein Platho wird vom Rechtsanwalt Morris, der Angeklagte Arndt durch Rechtsanwalt Dr. Hahn-Charlottenburg verteidigt werden.

Vermischtes.

Die Ankunft der Geretteten der „Gneisenau". Aus Wilhelmshaven wird von Mittwoch depeschiert: Der Dampfer „Andalusia" mit den geretteten Mannschaften der „Gneisenau" ist um Mitternacht hier eingetroffen. Die an Bord befindlichen Geretteten von der „Gneisenau" zählen 14 Offiziere, 7 Deckoffiziere, 58 Seekadetten und 332 Mannschaften. Heute früh wurden dieselben durch die Dampfer „Kraft" und „Boreas" an Land gebracht. Elf Kranke wurden auf Tragbahren nach dem Lazarett geschafft, die Leichtverwundeten, unter denen sich auch die beiden Schiffsärzte befinden, konnten sich zu Fuß dorthin begeben. Die gesunden Mannschaften wurden in den Kasernen untergebracht. — Im Auftrag des Kaisers sendet der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts den Hinterbliebenen der auf der „Gneisenau" umgekommenen Offiziere und Mannschaften ein vom Kaiser entworfenes Gedenkblatt, um die Erinnerung der für das Vaterland Gestorbenen bei ihnen wachzuhalten. — Aus Malaga meldet ein Telegramm: Die Leiche des ersten Offiziers der „Gneisenau" ist von einem Fischerboot auf hoher See aufgefunden worden, ebenso die Leiche eines Matrosen.

Ein Eisenbahn-Unfall wird aus der Pfalz berichtet. Die „Pfälzische Presse" meldet aus Germersheim: Der Schnellzug München—Bruchsal—Landau ist am Neujahrstag nachmittags 5½ Uhr vor der Einfahrt in den Bahnhof Germersheim entgleist. Ein Heizer wurde schwer verletzt, von Passagieren erlitt niemand eine Beschädigung. Maschine, Tender und Gepäckwagen sind vollständig zertrümmert. Die Reisenden mußten in einen neu zusammengestellten Zug umsteigen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

civis academicus. Das Buch haben wir zur Besprechung einem Mitarbeiter gegeben.

G. 900. Es müßten mindestens 200 Marken geklebt sein. — **F. W.** Ihre eherechtlichen Verhältnisse sind unverändert geblieben. — **Ab. H.** 1. Eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs giebt es nicht. Das Strafgesetzbuch schreibt lediglich vor, daß zu Gefängnisstrafe Verurteilte in einer Gefangenenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden können und auf ihr Verlangen so beschäftigt werden müssen, und daß eine Beschäftigung auch außerhalb der Anstalt nur mit ihrer Zustimmung zulässig ist. Im übrigen ist die Regelung der Gefängnisstrafe den Einzelstaaten überlassen. Diese haben sehr verschiedenartige Regelungen getroffen. In Preußen wird in der Regel Selbstbeköstigung abgelehnt. 2. Leider ja.

Produktenmarkt vom 2. Januar. Der Getreidemarkt verkehrte in sehr fester Tendenz auf die wesentlich höheren nordamerikanischen Weizenpreise und auf das strenge Frostwetter in Mitteleuropa und Osteuropa. Die erhebliche Abnahme der hiesigen Roggenbestände stimuliere gleichfalls. Weizenlieferungen stiegen um 1,50 M., Roggenlieferungen um 1 M. Hafer blieb unverändert; ebenso Rüböl und 70er Locospiritus; letzterer hielt sich ungefähr auf dem vorgestrigen Stand von 44,50 M. Die Aufnahme des hiesigen Getreidelagers ergab 6638 Tonnen Weizen oder 1422 Tonnen weniger als Anfang Dezember und 4615 Tonnen Roggen oder 7780 Tonnen weniger.

Marktpreise von Berlin am 31. Dezember 1900
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen, gut	D.-Ctr.	15,—	15,08	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		6,—	4,—
" mittel	"	15,10	14,98	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
" gering	"	15,02	14,90	do. Bauch	"	1,30	1,—
**)Roggen, gut	"	14,—	13,90	Schweinefleisch	"	1,60	1,10
" mittel	"	13,98	13,97	Kalbfleisch	"	1,80	1,—
" gering	"	13,96	13,95	Hammelfleisch	"	1,60	0,90
†)Gerste, gut	"	15,40	14,70	Butter	"	2,80	2,—
" mittel	"	14,60	13,90	Eier	60 Stück	5,—	3,—
" gering	"	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†)Hafer, gut	"	16,—	15,20	Aale	"	2,80	1,40
" mittel	"	15,10	14,30	Zander	"	2,50	1,20
" gering	"	14,20	13,50	Hechte	"	2,—	1,—
Richtstroh	"	—,—	—,—	Barsche	"	1,60	0,80
Heu	"	—,—	—,—	Schleie	"	3,—	1,20
Erbsen	"	40,—	25,—	Bleie	"	1,40	0,70
Speisebohnen	"	45,—	35,—	Krebse	per Schock	12,—	2,50
Linsen	"	70,—	30,—				

*) ab Bahn. **) ab Bahn und frei Mühle. †) frei Wagen und ab Bahn.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 2. Januar 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 646 Rinder 1374 Kälber, 8363 Schafe, 9094 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 48—52. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44—46; e) gering genährte Kühe und Färsen 40—42. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 82—84, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 72—76, c) geringe Saugkälber 60—64, d) ältere, gering genährte (Fresser) 38—45. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—62, b) ältere Masthammel 46—53, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 40—43, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 58; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 00—00; c) fleischige 55—56; d) gering entwickelte 51—54; e) Sauen 52—53. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 190 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen fand ungefähr die Hälfte Absatz. Der Schweinemarkt setzte fest ein, verlief dann ruhig und verflaute schließlich; geräumt wird voraussichtlich.

Witterungsübersicht vom 2. Januar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	774	SO	2	heiter	−11	Haparanda	767	N	2	bedeckt	−21
Hamburg	771	OSO	2	heiter	−10	Petersburg	770	NW	1	Schnee	−10
Berlin	773	OSO	2	wolkenl.	−13	Cork	769	NW	1	heiter	4
Frankf./M.	769	NO	2	wolkenl.	−10	Aberdeen	761	SW	2	hlb. bed.	2
München	767	SO	2	wolkig	−14	Paris	—	—	—	—	—
Wien	769	NNW	4	wolkenl.	−13						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. Januar 1901.
Trocken und vorwiegend heiter mit etwas gelinderem Frost und mäßigen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 3. Januar.

Opernhaus. Margarete. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Compagnon. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Hohenzollern-Festspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die beiden Leonoren. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Der Leidalte. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Tata-Toto. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Hexenmeister vom Teufelssee. Hierauf: Die kalte Hand. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Drei Tage aus dem Kölner Leben. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Wo ist die Mutter??? Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Oceans". Nachm. 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen): Dieselbe Vorstellung.
Invalidenstraße 57/62. „Die Weltausstellung in Paris." Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Welt in der man sich langweilt.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Eduard Pailleron. Deutsch von A. Tuhten und Karl Friedrich Wittmann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt in der man sich langweilt.

Central-Theater.
Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Burleske-Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagnachm. 3 Uhr z. halb. Preisen:
Die Geisha. Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Hexenmeister vom Teufelssee
Hierauf: **Die kalte Hand**, oder:
Der Prozeß ohne Ende.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, nachmitt. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise:
Rotkäppchen.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
So sind sie alle.
Posse mit Gesang in drei Akten von Mannstädt und Weller. Musik von Mannstädt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag:
König Allgold.

Urania ✻ ✻
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Freitagabend 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
Um 4 Uhr zu ermäss. Preisen:
Dieselbe Vorstellung.
Invalidenstr. 57/62:
Die Weltausstellung in Paris.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung!
Die „Trinklust" der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal.
Damenkapelle Zarina.
Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Gef. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue sensationelle
Januar-Programm!
8½ Uhr: **Neu!** 8½ Uhr:
Wo ist die Mutter?
Possen-Schwank von A. Kaus.
Sebastian Schmunzler: Dir. Winkler.
Cornelius Manchenez, d. Weltwunder.
Cécil St. Germain, der Universelle.
Genée-Duo, einzig dastehend. Bellini-Truppe, die Sterne der Luft.
Dazu 10 Schau-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
Entree 50 Pf.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
Mlle. Marguerita
Erste Soubrette vom Petit Casino in Paris.
Der Herr von Maxim
Burleske Lokalposse in 1 Akt.
17 **erstklassige Specialitäten** 17
Eintr. (soweit der Raum reicht) inkl. Panopticum **50 Pf.**

Cirkus Schumann.
Heute Donnerstag, 3. Januar, abends präcise 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Sensationeller Erfolg des neuen Programms. Neu! Die phänomenalen Leistungen der **Familie Nagels.** Neu! **Mlle. Marguerite,** sowie die übrigen neu engag. Specialitäten. Dir. Alb. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Originaldressuren.
Um 9½ Uhr: Zum 101. Male:
Der Schlager der Saison:
CHINA.
Das größte Manegen- und Wasserschaustück der Gegenwart. Die Unsren in Kiautschou. — Der Aufstand der Boxer. — Krieg. — Die Verbündeten vor Taku-Peking. — Außerdem sämtliche Einlagen. **600** Mitwirkende

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabonden.

Passage-Panopticum.
Die zusammengewachsenen Zwillinge
2 Köpfe, 2 Herzen, 4 Arme, 4 Beine und doch nur **ein Weib.**
Eintritt einschließl. Theater **50 Pf.** Kinder die Hälfte.

Apollo-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
The Salambos 3 Rachettas
Minstrels parisiens
Quartett Légay Miss Zella
Valentine Petit
Mesters Kosmograph: Neue Chinabilder
Helene Gérard usw.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich ½9 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsposse von J. Freund.
Ferner:
Das sensationelle Debüt der
American Zouaven
und das neue Januar-Specialitäten-Programm.
Anfang der Specialitäten ½8 Uhr.
Anfang der „tollen Nacht" ½9 Uhr.
Sonnabend, 5. Januar:
Erster großer Metropol-Theater-Masken-Ball.

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse.
vis-a-vis dem Rathaus.
Donnerstag, den 3. Januar, abends 7½ Uhr:
Gala-Programm.
Neu für Schöneberg. Kolossaler Erfolg. Neue Wasserpantomime.
Das Fest der Czicos
oder:
Der Raub der Magnatenbraut.
Ausgeführt von ca. 100 Personen in verschiedenen Abteilungen. Höchster Triumph der heutigen Cirkuskunst Schwimmende und tauchende Pferde mit Reitern in voller Equipierung, welche in den schäumenden Wogen verschwinden. Der Todesritt mit einem 6er Zug über 30 Fuß hohen steilen Berg.
Näheres die Tageszettel.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen**, Inh.: Max Schindler. — Telephon: Amt IV Nr. 1132. — ☞ **Heute** sowie jeden Sonntag, Mittwoch und Donnerstag: **Grosser Ball**, ☜ als **Specialität: ✿ Cigarren-** und echten **Weichselspitzen-Regen ✿** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. ☞ Meinen werten Gästen zur besonderen Beachtung, daß vom 1. Januar ab außer Sonntags und Mittwochs **auch Donnerstags** großer Ball stattfindet. [5078*

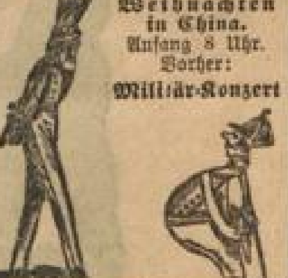
Sonnabend, den 5. Januar 1901
Erster grosser
Metropol-Theater-Masken-Ball.
☞ **4 Musikkapellen.** ☜
Grosse Ueberraschungen. Vorzügliche Küche.
Exquisite Weine.
Anfang 10 Uhr. ☞ **Anfang 10 Uhr.**
Billets sind an der Kasse und den Verkaufsstellen von heute ab zu haben. 551L*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Direktion:
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Cirkus Busch
Donnerstag, den 3. Januar:
Elite-Abend
Zum 36. Male:
„Die eiserne Maske"
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch.
Besonders hervorzuheben: **Der feenhafte Goldakt mit der Wunderfontaine**
Außerdem: **Europäische Kavallerien,** gr. Quadrille auf **16** Schulpferden. Dir. **Busch** mit seinen neuesten Dressuren.
Sonntag, 6. Januar, nachm. 4 Uhr: Berl. Landpartien (1 Kind auf Sitzplätzen frei; weitere Kinder die Hälfte.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
☞ **Täglich** ☜
4 **ausländische Kapellen** 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.
Vorher:
Militär-Konzert



Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
☞ **Eigene Werkstatt.**
Lieferant [5232*
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.

Künstl. Zähne 2 Mark bekannt vorzügl.
Plombieren. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen in 2 Stund. Sprechz. 8—8.
R. Lange, Blumenstraße 25, Ecke Markusstraße.

Freie Volksbühne.
IV. Abteilung Sonntag, 6. Januar,
im Carl Weiss-Theater nachmittags 2¾ Uhr:
Lumpacivagabundus.
Im Lessing-Theater gleichzeitig VII. Abteilung:
Der Bund der Jugend.
Die Mitglieder sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen und dürfen **nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen. Nachzügler** haben kein **Anrecht** auf einen Platz im Theater. 228/1
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Maurer etc.
(Zahlstelle Berlin II.)
Am Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Waldstraße 8:
Mitgliederversammlung für Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Neuwahl des Obmanns. 3. Verschiedenes.
Um regen Besuch bittet 136/1
Die Verbandsleitung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 3. Januar 1901, morgens 7 Uhr und abends 8 Uhr:
Zwei Versammlungen
aller in den
Berliner Elektricitätswerken beschäftigten Arbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
Die Bekanntmachung der Direktion der Ruhegehalts-Kasse der Berliner Elektricitätswerke betreffend und unsre Stellungnahme hierzu. Referent: **Friedrich Schlegel.** 110/2
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
☞ **Achtung!** ☜
Die Vertrauensmänner-Konferenzen
für den **Osten** und **Westen** finden erst **Mittwoch, 9. Januar** statt.
110/1 **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 6. Januar 1901, abends 7 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse 19:
Vortrag des Schriftstellers Dr. R. Steiner über: „Alte und neue Schwarmgeister und Wissenschafter".
Nach dem Vortrag **gemütl. Beisammensein und Tanz.**
4/1 Einlass 20 Pf. inkl. Garderobe.

Donnerstag, den 10. Januar 1901, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8, Hof links 2 Treppen:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstands, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Arbeiter-Vertreter-Verein.
Am Donnerstag, den 3. Januar 1901, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die vollzogene Wahl der Schiedsgerichts-Beisitzer für Arbeiter-Versicherung.
2. Bericht über die Thätigkeit der Vorstands- und Ausschußmitglieder der Landes-Versicherungsanstalt.
3. Verschiedenes. 53/1
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Stuccateure. Achtung!
Donnerstag, den 3. Januar 1901, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsniederlegung der Kollegen der Firmen **Jäckel** und **Hänska** und welche Konsequenzen hat die Allgemeinheit daraus zu ziehen? 2. Existiert ein Arbeitsnachweis der Unternehmer und wie erfüllt derselbe seine Aufgabe? 3. Verbandsangelegenheiten. 173/1
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Warenhaus A. Wertheim

Nach beendeter Inventur

werden in allen Abteilungen eine grosse Anzahl Artikel zu

herabgetzten Preisen

verkauft.

Der Verkauf beginnt heute.

Mäßig
Genossen
ist der echt Carl Saßsche
Stralsunder Korn
die beste Medizin. 4242*
Wohlschmeckend, kufelrein, bekömmlich.
Vorrätig in allen größ. Destill.
p. Ltr. 1 Mk.
General-Depot: Usedomstr. 31, Amt III, 404.
2. Niederlage: Neue Jakobstr. 8.

MIKADO

Putzpomade, unstreitig das beste
Metall-Putzmittel der Gegenwart. [305L*
Carl Sauber & Sohn, BERLIN, Alexandrinenstrasse 58.
Germania-Glanzwichse-Fabrik.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 5. Januar cr., in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Gr. Wiener Maskenball.

Anfang 8 Uhr. **Billet 50 Pf.** **Ende ??**
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
129/1* **Das Komitee.**

Berufs-Bekleidung
aller Arten.
D. Wurzel & Co.,
6142*] **Wrangel-Strasse 17,** Ecke Mantauffel-Strasse.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., **Ritterstr. 123.**

Möbel
Special-Geschäft für [*
bürgerliche Einrichtungen
Fr. C. Schulz vorm. A. Rienz,
Landsbergerstr. 41, I. Teilzahlung.

[4562*

Zähne 2 M., **10 Jahre Garantie.** Vollkommen schmerzl. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. **Zahn-Arzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7. *

Bekanntmachung
der
Orts-Krankenkasse
der
Gelb- u. Zinngiesser
hier.

Wir bringen hiermit die vom Bezirks-Ausschuß genehmigte XI. Abänderung zu unsrem Statut zur gefälligen Kenntnis.

Artikel I.

Der § 28, dritter Nachtrag, Ziffer 1 und 2 sowie VI. Abänderung § 25 a letzter Absatz Ziffer 3 und 4 wird wie folgt abgeändert:

Die Kassenbeiträge betragen 2,9 Proz. des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tagelohns und zwar:

1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder über 16 Jahre, ausschließlich der Lehrlinge, 51 Pfennig;
2. für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 24 Pfennig;
3. für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahren 27 Pfennig;
4. für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren 18 Pfennig.

Artikel II.

Diese Abänderung tritt am ersten Montag nach der vorschriftsmäßigen Bekanntmachung derselben in Kraft.

Berlin, den 2. Januar 1901.
1854b **Der Vorstand.**

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsre gute Mutter

Marie Schönberg

am Silvesterabend plötzlich gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 4., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Rixdorf, Hobrechtstr. 78, nach dem Rixdorfer Kirchhof an der Rudowerstraße, statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Adolph Schönberg nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und unsre gute Mutter

Emilie Hannebauer

am 31. Dezember nach kurzen Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Ernst Hannebauer nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder 5552

Richard Sperling

am Silvester plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichsfelderstr. 41, nach dem Friedhof der Andreas-Gemeinde in Wilhelmsberg statt.

Frau Anna Sperling geb. Baron nebst Kindern.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten für ihre Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Manns **August Fink** sage hiermit meinen herzlichsten Dank. [5562

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Destillation mit Vereinszimmer Zahlstellen, Mitte der Stadt, ist für 2500 Mark zu verkaufen. Näheres bei Mattutat, Manteuffelstraße 117, Quergebäude, IV. 1827b

Maskengarderobe für Herren und Damen ist wegen Kränklichkeit der Besitzerin billig zu verkaufen. Biesenthalerstraße 21 bei Grünewald.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche. Tischdecken, Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 46/20

Bettstelle mit Matratze für 25 M. verkauft Funk, Charlottenburg, Berlinerstraße 109. †132*

Musikwerke. Leierkästen, Harmonikas, Violinen, Mandolinen, Guitarren, Zithern, Saiten; auch Teilzahlung. Sparfeld, Perlebergerstraße 50. [†82*

Menzenhauer-Zither, Notenblätter 9 Mark Kastanien-Allee 27, Weinhandlung. [1785b

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 Mark, liefert schnellstens Wollinerstraße 25, Laden. Unterricht gratis. [1837b

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Koschwitz, Wrangelstraße 118. 1483b

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Steglitz, Schloßstraße 76, Ecke Flensburgerstraße: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*

Nähmaschinen beste deutsche Ware, ohne Anzahlung. Woche 1 Mark. Freier Unterricht. Langschiffchen, Ringschiffchen, Rundschiff-Schnellnäher. Nähmaschinengeschäft Rixdorf, Berlinerstraße 84, nahe Hermannplatz. [*

Gaskocher! Praktische Weihnachtsgeschenke! Sparsysteme! Zweilochkocher 6,—, Dreilochkocher 10,—. Gasplätteisen billig! Gasbratöfen 12,—. Gasheizöfen 7,—. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1390b

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 88/3*

Molkerei, seit 20 Jahren bestehend, mit guter Kundschaft, beste Gegend, ist Umständehalber billig zu verkaufen. Näheres bei Julius Apelt, Skalitzerstraße 6. [4472

Taxameterdecken sofort billig zu verkaufen. Wedell, Weinbergsweg 11, I.

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versand-haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [†139*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Vermischte Anzeigen.

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 283f*

Elektrotechnik. Jackson, Alte Jakobstraße 24. Mittwoch, 9. Januar, neuer Abendkursus. Gründliche theoretische und praktische Ausbildung. Anmeldung täglich. 1845b

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzer, Steglitzerstraße 65. 1654b*

Unfallklagen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1809b

Rechtsbureau Andreasstraße 63. Gewissenhafter Rechtsbeistand. [1850b

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [9255

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge: mit Futtersachen 15, ohne Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. Bitte Namen beachten! 1839b

Vereinszimmer, neu eingerichtet, mit Pianino, empfiehlt Schmidt, Stromstraße 42. [†62*

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [2068*

Großes Vereinszimmer einige Tage in der Woche zu vergeben. J. Sachse, Lindowerstraße 26. 1434b

Kaufe „Skizzen aus meinem Soldatenleben von 1859 — 1871" von Wilhelm Hasenclever. Otto Zierrath, Wienerstraße 57a. [1855b

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle bei Rosenberg, Elisabeth-Ufer 30, Hof rechts. [1801b

Schlafstelle für Herrn. Kirchstraße 16, Hof 4 Treppen, Schäfer. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27.

Suche Waschstelle. Friedrichsgracht 16, Frau Wölke. 5706

Stellenangebote.

Ein tüchtiger, energischer Schlosser, welcher einer Werkstatt vorstehen kann und im Schaukastenbau gut bewandert ist, wird sofort gesucht. Max Boettcher jr., Chausseestraße 68/69.

Versilberer verlangt Bartheels Goldleistenfabrik, Große Frankfurterstraße 84. 1852b

Tüchtigen Leistengrundierer verlangt Biesenthalerstraße 21 I. †92

Einen tüchtigen Vergoldergehilfen sucht Otto Laatsch, Charlottenburg, Goethestraße 82.

Jüngerer ordentl. **Arbeiter** p. sof. perl. Näh. Neanderstr. 4 b. Portier vormittags von 12—1 Uhr. [47/9

Almosenempfängerin zu Kindern gesucht. Oranienstraße 194, Müller.

Mamsells auf glatte Jacketts verlangt Bauer, Skalitzerstraße 81 IV.

Versilberinnen und Farbigmacherinnen verlangt die Goldleistenfabrik Lottumstraße 5. 1808b

Lehrmädchen, bei vorläufig zwölf Mark monatlicher Vergütung, finden vorzügliche Lehrstelle. Töchter von Handwerkern bevorzugt. Putzfederfabrik Louis Fünkenstein, Oranienstraße 131. 1796b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Berliner [1578b
Schriftsteller,
akad. geb., perf. **Stenograph,** wünscht
Versammlungsberichte ꝛc.
sowie **Theaterkritik,** Bücherbesprechung zu übernehmen. Offerten unter **A. 1** an die Exp. d. „Vorw."

Für eine **Bilderrahmen-Fabrik** mit Kraftbetrieb wird per sofort ein tücht. Mann gesucht, der in allen Zweigen d. Fabrikation gründlich erfahren ist u. selbständ. arbeiten kann. Off. u. **J. N. 3814** an **Rud. Mosse, SW.**

Achtung Theaterarbeiter!

Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit nach wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10*

Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.

Achtung! Achtung
Parkettbodenleger!
Folgende Firma ist gesperrt:
Görlitz-Classen. Parkett-Fabrik.
Die Kommission.

Achtung! Achtung!
Stuccateure!
Bei der Firma **Jäckel** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fern zu halten. Die Bauten der Firma sind:
Lietzenburgerstraße, Ecke Meneckestraße: Bau Goldmann.
Meneckestr. 11: Bau Goldmann.
Meneckestraße Ecke Kurfürsten-Damm: Bau Albrecht.
Kurfürsten-Damm 200: Bau Krengel.
Kurfürsten-Damm Ecke Schlüterstraße: Bau Munk.
Mathäikirchstr. 31: Bau Kaiser u. v. Großheim.
Eisenbahnstraße: Bau Garbe.
179/17*] **Die Lohnkommission.**

Achtung!
Sattler, Täschner, Linoleumleger, Buchbinder! Ueber die Firma Golembiewski, Markgrafenstraße 13, ist die Sperre verhängt. 1824b
Die Lokalkommission.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.